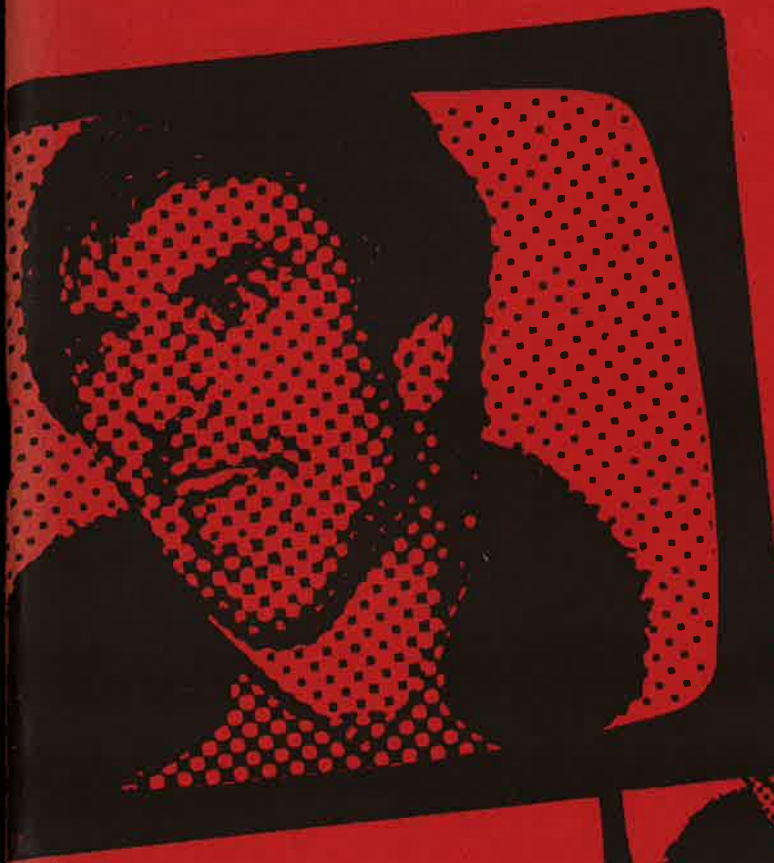
12

Februar 1968

1 DM D, 50 M



Aus dem Inhalt:

SDS – Teil der Arbeiterbewegung

Zur „Springer-Resolution"

Isolation und Terror (SDS und Verfassungsschutz)

cacit

Inhalt

	Zum Thema	Seite 3
Gerhard Bessau:	SDS – Teil der Arbeiterbewegung	Seite 5
Hans E. Schmidt:	New Yorker Universitätsimpressionen	Seite 9
Lothar Peter:	Bemerkungen zur „Springer-Resolution" und einigen ideologischen Implikationen	Seite 12
Anne Nigbur:	Zum Verhältnis von Studentenbewegung und Arbeiterbewegung	Seite 16
Dr. J. H. von Heiseler:	Welche Wege sollen wir gehen? (Wird in der folgenden Nummer fortgesetzt)	Seite 24
Herbert Lederer:	Isolation und Terror: 2 Taktiken der herrschenden Klasse und Möglichkeiten der Gegenwehr (SDS und Verfassungsschutz)	Seite 35
Dokumente:	Noch ein Jubiläum ... (125 Jahre „Freie" in Berlin, Kgr. Preußen) Aus Franz Mehring „Karl Marx, Geschichte seines Lebens"	Seite 40
	„Springer-Resolution" – Kampf gegen die Manipulation und für die Demokratisierung der Öffentlichkeit	Seite 41
Bücher: Rudi Ver:	„Requiem auf einen Rechtsstaat", Luchterhand 1967	Seite 45
Erich Eisner:	„Gegen die Bürger im Marxpelz" (Die antiautoritären „Linken" in der Arbeiterbewegung) facit-Reihe 2, 1968	Seite 26

Zum Thema

„Die Macht des Propheten beruht auf dem schlechten Gedächtnis seiner Anhänger." (altgriech. Sprichwort)

Schon regt sich Unmut über die Störenfriede und „Spalter", die heute noch über die auf der 22. Delegiertenkonferenz des SDS vertretenen Positionen und die ihnen zugrundeliegenden Referate diskutieren. Sind doch seitdem schon drei Monate vergangen. Noch immer harrt der „integrale Etatismus", der nach der kollektiv ausgearbeiteten und referierten Aussage Dutschke/Krahls den staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland und Westberlin „abgelöst" habe und somit völlig neue taktische, organisationspolitische, strategische Änderungen notwendig seien, seinem Sinnlichmanifestwerden in Druckbuchstaben. Inzwischen zwar stillschweigend von seinen Erfindern fallengelassen, wäre er doch wert gewesen, in der Karikaturensammlung der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung archivarisch in dem Verbandsorgan des SDS, der „neuen kritik", festgehalten zu werden. So erwarten wir nach den Diskussionen unter Herausgebern und Redaktion der „neuen kritik" die theoretische Auswertung der 22. DK, dabei vor allem den Abdruck der Referate von Dutschke und Krahl. Die Genossen Eisner und Deppe haben in erweiterter Form ihre „traditionalistischen" Referate zur Debatte gestellt (neue kritik 44: Erich Eisner „Der gesellschaftliche Standort der Studentenbewegung" Frank Deppe „Parlamentarismus – Parlamentarische Aktion – Sozialistische Politik"). Nicht so Dutschke und Krahl, obwohl sie eindringlich um die Manuskripte gebeten wurden. Warum enthalten sie uns die Lektüre und erschweren damit die genaue Diskussion über ihre Gedanken, die so emphatisch in der traditionell anarchistischen Parole mündeten „Friede den Menschen – Krieg den Institutionen?" Warum drohen sie mit einstweiligen Verfügungen und der Zivilprozeßordnung gegen den Abdruck des laut Dutschke „grundlegenden Referats über die neue Strategie des antiautoritären Lagers" und besorgen sich aus der Schweiz die restlichen davon existierenden Tonbandaufnahmen? Warum legen sie nicht wenigstens eine überarbeitete Fassung vor, in der unseretwegen der gröbste theoretische Unsinn gestrichen ist – ¼ Jahr hätten sie Zeit gehabt?

Der Grund dafür liegt im Wesen der Position selbst; eine Position, die vom Appell an Stimmungen und von sachkundiger Demagogie zehrt; die die autoritätsgläubige Achtung junger Genossen vor dem wissenschaftlich sich gebenden Begriff und die Angst vor dem Vorwurf der „Primitivität" ausnutzt, die aber das kritische Überdenken ihres Inhalts, die Nacktheit des gedruckten Worts scheuen muß, wenn sie vor ihren eigenen Anhängern bestehen will.

Die Denunziation historisch-materialistischer Argumentation als „abstrakt-materialistisch" und „empirisch-ungesichert", die „Totalität des Maschinenwesens", die „globale Eindimensionalität" von Überbau und Basis, der „integrale Etatismus", die „Totalisierung der Lohnabhängigen" – wieviel verlieren sie von ihrer Faszination, sieht man sie im Zusammenhang gelesen, weg vom übertölpenden, perfekt skandierten Sing-Sang H. J. Krahls und dem atmosphärischen Hintergrund einer Rudi-Dutschke-Show. Wir wollen es geschrieben sehen, daß die „entscheidende revolutionäre Aufgabe nach Ende der westdeutschen Rekonstruktionsperiode die Arbeit an technischen und Ingenieurschulen", daß „soziale Frage keine spezifische Klassenfrage, sondern Menschheits- und Gattungsfrage" sei, daß revolutionäre Tat in den sozialistischen Ländern Kampf gegen die Machtorgane der Arbeiterklasse bedeute und was Dutschke alles andere noch in seinem grundlegenden Referat den Delegierten erzählte.

Wir wollen nachweisen, daß das ökonomische Alibi von Dutschke/Krahl zum größten Teil falsch abgeschriebener und völlig mißverstandener Janossy („Am Ende des Wirtschaftswunders, Europa-Verlag 1967) ist – was von kleinbürgerlichen Kriterien her gesehen das Verweigern des Abdrucks verständlich erscheinen läßt; daß zwischen Alibi und Konsequenzen für Praxis und Organisation des SDS kein Zusammenhang besteht.

Viel von den welt-, theorie- und praxisbewegenden Kuriositäten ist allerdings inzwischen wieder in der dafür vorgesehenen Mottenkiste schamvoll verschwunden. Allerdings: ohne vorherige Darlegung, ohne Selbstkritik, ohne Kommunikation in den Gruppen, die die von der DK mitgeschleppten Glaubenssätze ungebrochen weiter vertreten. Selbstkritik würde unantastbares Image ankratzen. Das darf nicht sein. Erschwert es doch die Position im Verband, paßt es doch nicht in das von der bürgerlichen Presse gezüchtete Bild des „Chefideologen".

Rote Fahnen, in Dortmund-Huckarde von Arbeitern gegen Unternehmer getragen, genügten, um Positionen der „Traditionalisten" wieder aufzunehmen, die auf der DK als „rührend" und „banal" attakiert wurden. Das sagt genug über die rationale Fundierung bisher vorgetragener antiautoritärer Gedanken.

Obwohl die „Enzykliken" nicht vorliegen, versucht der Gen. Heiseler in diesem und dem nächsten Heft aus dem ihm vorliegenden Material Positionen des antiautoritären Lagers zu kritisieren. Aktuellpolitische Auseinandersetzung tritt zurück in dieser Nummer hinter dem Versuch, die Diskussion auf der DK, die für die weitere Entwicklung der Marxisten in der BRD und Westberlin von Bedeutung sein wird, kritisch zu verarbeiten, damit aber auch die bei Dutschke schon sichtbaren Ansätze weiterzutreiben. In diesem Zusammenhang sind auch die Beiträge von den Genossen Bessau und Peter zu sehen, ebenso das in dieser Nummer angekündigte Buch von Erich Eisner. Als Band 2 erscheint es in der FAZIT-Reihe. Vielleicht hilft sie das Gedächtnis der Jünger und Gläubigen des Propheten auffrischen.

Die Redaktion

Hubert Freistühler

Versandbuchhandlung · Antiquariat
5840 Schwerte 1 · Postfach 124
Joseph-von-Eichendorff-Straße 1 · Ruf 34 60

Interessenten erhalten kostenlos und unverbindlich meine Bücherlisten über Philosophie, Religionskritik, Freidenkertum, Atheismus, Marxismus, Sozialismus, Politik, Geschichte, Literatur und andere Wissensgebiete.

SDS – Teil der Arbeiterbewegung

Von Gerhard Bessau

Bis heute hat noch keine Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes die Erklärung revidiert, daß sich der Verband als „Teil der Arbeiterbewegung" begreift. Diese Einordnung, vom SDS noch zu einer Zeit vorgenommen, als er in einem engen politischen wie organisatorischen Verhältnis zur SPD stand, ist inzwischen nicht nur von Organisationen der Arbeiterschaft, sondern vielmehr auch vom SDS selbst als bloße „kategorische Grundsatzforderung" betrachtet worden. Das bedeutet wohl, in ihr nicht mehr als einen deklamatorischen Wert zu sehen. Denn eine andere Schlußfolgerung kann nicht mehr gezogen werden, zumal unwidersprochen die Vorsitzenden des SDS als ein erstrangiges Ergebnis der letzten Delegiertenkonferenz offiziell feststellten: „Die Fragen des politischen Bündnisses werden ebenfalls viel konkreter entschieden werden als in kategorischen Grundsatzforderungen: es wird sich ganz praktisch erweisen, ob die, zu denen wir angeblich die Brücken abgebrochen haben, überhaupt bereit sind zur Zusammenarbeit, ohne daß wir wichtige politische Positionen aufgeben müssen."

Was zur Entgegnung herausfordern sollte, ist der letzte Halbsatz, da in ihm „Zusammenarbeit" verlangt, nicht angeboten, geschweige denn zur Diskussion gestellt wird. Mit welcher Berechtigung? Wer die Auseinandersetzungen um den SDS in den letzten Monaten verfolgt hat, findet die Antwort darauf bei Rudolf Augstein, wenn er meint, der SDS, personifiziert durch Rudi Dutschke, stelle jetzt die Frage nach der Revolution. In der Tat, wer von einem derartigen Anspruch die „Zusammenarbeit" abhängig machen will, kann sie sogleich verwerfen: es gibt niemanden, der von den bestehenden Arbeiterorganisationen annimmt, sie seien revolutionär. Dagegen scheint sich ein nicht unbedeutender Teil westdeutscher linksbürgerlicher Journalisten dazu durchgerungen zu haben, im SDS eine revolutionäre Avantgarde zu sehen, was selbstredend deren vermeintlichen Wortführern eine stetige Publizität sichert. Vom sozialistischen Standpunkt aus ist das geschriebene Wort, veröffentlicht in der bürgerlichen Presse, eine Ware wie jede andere, wie Coca-Cola oder Seifenpulver. Es muß verkäuflich sein, da es sonst seinen Mehrwert nicht realisiert. Aller Erfahrung nach verkaufen sich Presseprodukte umso besser, je sensationeller ihr Inhalt erscheint oder aufgemacht ist. Der von der Politik systematisch ferngehaltene Bürger reagiert begierig auf das, was für ihn persönlich tabu ist: Sexualität, Verbrechen, Umsturz. In seinem dem politischen Denken entwöhnten Gehirn erhält der SDS den Status einer auf Umsturz ausgerichteten „roten Garde". Dies deckt sich ohnehin mit seiner landläufigen Meinung vom Studenten als einem an sich antibürgerlichen, jeglicher Ordnung widerstrebenden, auf Kosten der Allgemeinheit existierenden Subjekt. Es dürfte keine Unterstellung sein, von vielen Journalisten anzunehmen, daß sie diese Einstellung teilen, wonach Umsturz gleich Unordnung ist. Ihnen ist der Begriff der Revolution seines sozialphilosophischen wie praktischen Gehalts beraubt, entzogen auch jedweder gesellschaftlichen Vernunft. Wäre er ihnen solcherart zugänglich, müßten sie recht bald erkennen, daß ebensowenig wie für die derzeitigen Arbeiterorganisationen auch für den SDS die Kennzeichnung „revolutionär" zutrifft. Was dafür gehalten wird, ist allenfalls der moralische Drang, der verrotteten bürgerlichen Ordnung zugunsten einer „schönen neuen Welt" ohne Zwänge und „tote Kosten" den Todesstoß zu versetzen. Es entspricht der allgemeinen Bigotterie, diese Moral gegen die materialistische Verderbtheit einer auf Profit und Verschwendung ausgerichteten Lebensanschauung schlagzeilenhaft auszuspielen. Doch der SDS müßte – ob mit, ob ohne Dutschke – der Schlagzeilen und Titelgeschichten sofort entraten, brächte er unmißverständlich zum Ausdruck, daß für ihn Revolution die Abschaffung des Eigentums an jeglichen Produktionsmitteln bedeuten würde zwecks Aufbau einer Ordnung, die auf Planung und gesellschaftlichem Eigentum

beruht. Wenn er erklären würde, daß anstelle der kapitalistischen Produktionsverhältnisse mit ihrer notwendigen hierarchischen Arbeitsverfassung derartige zu treten hätten, welche die Produktion und Verteilung sozialistisch regeln, d. h. durch die von den Arbeitenden frei gewählten Gremien auf allen Ebenen. Wenn er als Alternative zum staatlich sanktionierten Monopolkapitalismus mit seinen wuchernden Bürokratien der Ministerien und Verbände, fälschlich als „Pluralismus" ausgegeben, eine Form gesellschaftlicher Organisation propagieren würde, die jegliche Bürokratie auf eine normale Verwaltung beschneidet. Es sollte überflüssig werden, zehntausende Beamte nur dazu zu beschäftigen, daß sie im Interesse von Monopolen und Oligopolen in der Manier des Sisyphos entweder die kapitalistischen ökonomischen Gesetze zu überlisten versuchen oder die antikapitalistischen Kräfte „legal" zu unterdrücken trachten.

Wenn der SDS schließlich für ein politisches System einträte, in dem Parteien nicht mehr als Hilfsorgane der staatlichen Gewalt die Arbeitenden von den sie betreffenden Entscheidungen abdrängten und die Gewerkschaften nicht dem Zwang zur „konzertierten Aktion" unterworfen wären.

Eine programmatische Arbeit mit dieser Zielsetzung setzt allerdings seitens des SDS voraus, sich um die theoretische Durchdringung der gegenwärtigen sozialen Prozesse zu bemühen. Für diejenigen, die dazu übergehen, die Revolution voranzutreiben, sollte es unabdingbar sein, aus den Elementen der kapitalistischen Wirklichkeit die sozialistische zu entwerfen. Sie entgehen somit der Gefahr, nicht begriffen zu werden oder ohne Antwort auf Fragen nach Alternativen zu bleiben, eine so tödlich für ihre politische Existenz wie die andere. Doch die hiermit verbundenen Aufgaben sind keineswegs geleistet worden. Die der Idee von „direkter Demokratie" und „direkter Aktion" anhängende Mehrheit des Verbandes beschränkte sich während der Delegiertenkonferenz im September 1967 selbstgenügsam auf die Annahme von Resolutionen, die ein „starkes Gefälle zwischen den theoretischen und im engeren Sinne politischen Teilen" aufwiesen. Sie ignorierte die kritischen Einwände der an Marx und Lenin orientierten Gruppen in dem Glauben, Geschichte sei machbar dann, wenn sich heute ihr Technikus allemal nur als ihr wortgewaltiges Organ empfinde.

Was in dieser zitierten Selbstkritik hervortritt, ist das vage Bewußtsein, Theorie und Praxis als unvermittelte Bestandteile einer an sich als positiv aufgefaßten Haltung behandelt zu haben. Der Ursprung dieses Mangels ist nicht individueller, sondern gesellschaftlicher Natur. Fortgeschrittenes bürgerliches Denken veranlaßt zum Eintritt in den SDS, ohne daß damit gleichzeitig die soziale Bezogenheit dieses Denkens durchschaut wird. Es kann auch nicht „durchschaut" werden, weil die abstrakt-bürgerliche Methode nicht durch die dialektische aufgehoben wurde. Infolgedessen gerinnt der Sozialismus zum Bekenntnisobjekt, während an der kruden Gegenständlichkeit der bürgerlichen wie sozialistischen Welt das praktische Handeln ausgerichtet ist, nicht an ihren geschichtlichen Entwicklungen. Andererseits wird die sozialistische Theorie verworfen, da sie sich auf das Wesen der Gesellschaft konzentriert und ihre pure Form als scheinhaft entlarvt. Der richtungslose Ethiker greift zur Ersatzlehre. Da diese nur beschreibt, nicht erklärt, muß die Forderung nach Veränderung abstrakt bleiben. Die revolutionären Akzente dabei sind nichts anderes als gläubiger Enthusiasmus. Wem dialektisches Verständnis und Kenntnisse der politischen Ökonomie fehlen, erblickt mit Befangenheit „neue Qualitäten". Selbst der SDS-Bundesvorsitzende wirbt für Einsichten derart, daß durch die enorme Ausdehnung staatlicher Aktivitäten die modernen Gesellschaften eine andere Qualität besitzen als die von Marx analysierten. Die Nähe zu Schiller, die zu Keynes ist offenkundig. Der sogenannte staatliche Sektor gewinnt ein Eigenleben wie in der bürgerlichen Staatslehre. Ihn in das Zentrum der kritischen Auseinandersetzungen, ja des Kampfes zu stellen, bedeutet, die gesellschaftliche Kraft zu übersehen, die ihn hervorgebracht hat und seinen Charakter bestimmt: das Kapital. Was für die Demokratie gilt, trifft ebenso auf den Staat zu. Als abgeleitetes Gebilde ist er entweder bürgerlich oder sozialistisch, sein Vorhandensein nur klassenpolitisch zu begründen. Demgegenüber kann von einer sozialistischen Anschauung nicht mehr gesprochen werden, sobald das gesellschaftliche Ganze

ohne Klassenspaltung als differenzlose Einheit angenommen wird, definiert als „integraler Etatismus", was wohl besagen soll, daß der Staat als „Vater aller Dinge" eine Quasi-Volksgemeinschaft erwirkt. In ihr hat Klassenbewußtsein konsequenterweise keinen Ort mehr. An seine Stelle ist ein hochgradig elitäres getreten, welches sich freilich mit gleicher Konsequenz, da es absonderlich ist, nur auf „Randgruppen" niederlassen kann. Was kann überzeugender für die innere Kraft des bürgerlichen Systems sein, als sozialistische Kader zu „Randgruppen" zu degradieren, Resultat eines als neuartig reklamierten theoretischen Spekulierens? Ohne offenen Druck, fast mühelos gelingt die Zersetzung deshalb, weil der SDS organisatorisch isoliert wurde und ist. Diese Situation wird solange bestehen bleiben, wie eine legale sozialistische Partei auf breiter Basis nicht existiert. Aus eigener Möglichkeit kann der SDS diese Partei nicht schaffen. Um seinen sozialistischen Kern zu erhalten und zu verstärken, ist es dagegen notwendig, den Einbruch der bürgerlichen Ideologie in seine theoretische Struktur, der bürgerlichen Praxis in sein Handeln festzustellen. Hier liegen die Voraussetzungen des Widerstandes und danach der Offensive. Im Begriff des „Sozialistischen" ist für den SDS eine doppelte Funktion enthalten: zum einen Entwicklung klassenpolitischer Alternativen zum bürgerlichen-kapitalistischen System im Hochschulbereich, um damit zum anderen die intellektuellen Kader zur Verfügung stellen zu können, auf die einmal eine kommende legale sozialistische Partei zurückgreifen muß. In dieser eindeutigen Aufgabenstellung konkretisiert sich die Grundsatzerklärung, der SDS betrachte sich als „Teil der Arbeiterbewegung". Ihre Bestandteile umfassen gleichzeitig die Erfordernisse unmittelbarer politischer Praxis. Sie schließt ein den Kampf um eine Demokratisierung der Hochschule in sozialistischer Hinsicht mit gleicher Dringlichkeit wie gegen die Notstandsgesetze. Darüber hinaus hat im Mittelpunkt seiner Arbeit alles zu stehen, was gegen die arbeitsfrontähnliche Einbeziehung der Gewerkschaften in ein neues faschistisches Gesellschaftsgefüge gerichtet ist. Wenn er auch keinesfalls den reformistischen sozialdemokratischen Einfluß innerhalb der Gewerkschaften überwinden kann, so ist er dennoch in der Verfassung, das Bewußtsein vieler Gewerkschaftsmitglieder offenzuhalten für die Übernahme sozialistischer Lösungen. Der SDS hat sich demnach als Ferment einer wachsenden sozialistischen Bewegung aufzufassen, die sich ihrer organisatorischen Stärke erst noch bewußt werden muß. Eine Konzeption, die sich auf ein fest umrissenes Selbstverständnis dieser Art stützt, ist ihrer Natur nach nicht auf flüchtige Schlagzeilen abonniert. Sie entbehrt aller plakativen Reklame. Das aus ihr zwangsläufig entspringende Programm sozialistischer Alternative wäre offene und nicht umdeutbare Antwort darauf, was eigentlich den Charakter bisher nur demonstrativen Unbehagens ausmachen könnte, da es sich dann erst als gesellschaftliches, somit antikapitalistisches sieht. Das Ziel für den SDS ist darüber hinaus, dieses organisatorisch dorthin zu lenken, daß es, wie er selbst – „Teil der Arbeiterbewegung" im praktischen Sinne wird. Es wird für ihn notwendig werden, nicht nur als „einzige legale Opposition" in der Bundesrepublik zu fungieren, stattdessen dieser erst einen klassenpolitischen Inhalt zu vermitteln. Erst dann wird er auch von sich behaupten können, das „Gefälle zwischen den theoretischen und politischen Teilen" seiner Praxis überwunden zu haben. Mit anderen Worten: die Phase antiinstitutioneller Visionen, des moralisierenden bürgerlich verhafteten Revolutionsdrangs bloß antiautoritärer Strategen muß daher abgeschlossen werden. Daß dieser Forderung allerdings nicht unmittelbare Resonanz zuteil werden kann, darüber sollte Gewißheit herrschen. „Anti-institutionelles" und „anti-autoritäres" Empfinden hat sich gerade im SDS so nachhaltig verdichtet, daß selbst beharrlichstes Argumentieren lediglich Glaubenssätze als Antworten provoziert. Es ist, psychologisch gesehen, verständlich, wenn dabei sofort auf die reine Erfahrungswelt Bezug genommen wird, um das eintönige Credo zu tarnen. Die Anweisung zum Handeln bleibt somit nur moralisches Postulat, da ihr dialektischer Horizont verdunkelt ist. Wie anders könnte sonst erklärt werden, daß „anti-institutionelle Politik" letztlich auf eine „Auseinandersetzung mit dem Liberalismus" hinausläuft, wie es für die Bundesvorsitzenden des SDS offenbar beschlossene Sache ist. Das unvermittelte Engagement hat ihnen den Blick verstellt auf die Veränderungen des „Liberalismus" in Theorie und Praxis: der, den sie mit

Emphase attakieren, existiert nurmehr in verschrobenen Gesellschaftsbildern emeritierungswürdiger Professoren oder zurückgebliebener Journalisten. Doch die „gesellschaftliche Herrschaft", gegen die sie zu „kämpfen" vorgeben, hat mit diesem schon seit 1933 nichts mehr gemein. Vielleicht registrieren sie diese Differenz wenigstens mit halbem Bewußtsein, da ihr Aufruf zum „Kampf gegen die Institutionen, in denen gesellschaftliche Macht konzentriert ist", ihre Ohnmacht ahnen läßt, die sie gegenüber der Macht – eben nur haben. So verbleibt ihnen einzig der Rückzug zu „neue(n) Formen der selbsttätigen Organisierung und der konsequenten Interessenvertretung unmittelbar am Arbeitsplatz"; fürwahr, welch ein linkes Idyll, da dort die Praxis gewöhnlich nur mit den Befehlsgewohnten des Meisters in Konflikt gerät und mehr auch nicht. Als wenn sie dies wüßten, kommen sie zu folgendem bemerkenswerten Schluß: „Damit ist klar geworden, daß wir nicht kindlich ein System an die Stelle des gegenwärtigen setzen wollen, sondern Selbstbestimmung der Menschen über ihre Lebensbedingungen praktisch erkämpfen." Sie haben von ihrem Standpunkt aus Recht. Aber der SDS ist zu wichtig, um es bei einem solch fatalen Ende zu belassen. Eine sozialistische Organisation hat auch eine sozialistische Alternative zu vertreten!

D F U

Wie ihre Vorgängerin betreibt die Regierung der Großen Koalition eine
- Politik gegen Friedenssicherung und Demokratie.

Sie sanktioniert die
- wirtschaftliche und publizistische Macht ohne demokratische Kontrolle;

sie forciert die
- monopolistische Formierung der Gesellschaft.

Um diese Gefahren abzuwenden, fordert die DFU als Alternative
- deutsche und europäische Sicherheit
- Demokratie in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft
- Soziale Sicherheit, Soziale Gerechtigkeit
- Wissenschaft, Bildung und Kultur für alle.

Die DFU strebt den
- Zusammenschluß der demokratischen Opposition an.

Helfen Sie mit, die gefährliche Politik der herrschenden Kräfte zu stoppen und den Neo-Nazismus zu beseitigen.

Stärken und unterstützen Sie die ‚Anerkennungs-Partei'.

DEUTSCHE FRIEDENS-UNION – DFU –
Landesverband Nordrhein-Westfalen

Wollen Sie mehr über die DFU wissen, dann schreiben Sie uns.

Unsere Anschrift:
DEUTSCHE FRIEDENS-UNION
Landesverband NRW
4300 Essen, Rüttenscheider Straße 127, Tel. 79 46 12 / 79 46 53

Für Spenden:
Postscheckamt Köln Nr. 58 56.

New Yorker Universitätsimpressionen

Von Hans E. Schmidt

Im Rahmen der hochschulpolitischen Diskussion in der Bundesrepublik wird dem SDS vorgeworfen, seine Auffassung sei weltfremd, daß Hochschulreform ohne Änderung der gesellschaftlichen Ordnung abzulehnen wäre.

Demgegenüber machen die Wortführer „praktischer" Reformvorschläge stets geltend, im Interesse einer planmäßigen Organisierung der bestehenden Verhältnisse müsse die Hochschule den technokratischen Sachzwängen so schnell wie möglich angepaßt werden. Ihr Argument zielt also – ob gewollt oder ungewollt – darauf ab, das bürgerlich-kapitalistische System zu stabilisieren. Die Bundesrepublik ist auf diesem Gebiet im Vergleich zu den USA um 100 Jahre zurückgeblieben. Dort sind Hochschule und soziale Ordnung in hohem Maße derart verbunden, daß sich die Absolventen der Universitäten und Colleges bewußt als wissenschaftlichen „output" zur Festigung des Systems begreifen. Ebenso entspricht diese Einstellung dem Selbstverständnis der akademischen Einrichtungen. Die Resultate beschreibt nachstehender Artikel. Der Autor besuchte persönlich die hier dargestellte Universität. Für die Situation in der Bundesrepublik dürften die Schlußfolgerungen auf der Hand liegen.

Die Redaktion

Die New Yorker Universität ist mit 45 000 Studenten der größte einheitliche Universitätskomplex der USA. New York ist in manchem ein amerikanischer Sonderfall, ebenso seine Universität, die NYU.

I.

Die Organisation von Forschung und Lehre an den Hochschulen (Graduate Schools) ist jedoch für die Vereinigten Staaten repräsentativ bzw. wegweisend. Das geeignete Verhältnis von Auftragsforschung, Grundlagenforschung und Ausbildung wird von den US-Hochschulen schon seit langem mit behördlichen Beratergremien (National Science Foundation) und Regierungsstellen ausgehandelt und den staatlichen und großindustriellen Leistungsansprüchen flexibel genug angepaßt. Keinerlei studentische Avantgarde identifiziert auf verschlungenen Pfaden eine angeblich „zweckfreie politisch indifferente" Grundlagenforschung mit den eigenen sozialen Interessen oder erhofft vom „Sachzwang" akademischer Strukturveränderungen demokratisierende Ausstrahlungen auf die Gesamtgesellschaft. Durch keinerlei halbfeudale Traditionen erweckt die Universität die Illusion, sie könne dem US-Wirtschafts- und Sozialgefüge gegenübergestellt werden.

Die N.Y.U. ist eine privatrechtliche Gesellschaft, deren Gesellschafter sich aus großen Industriefirmen, Regierungsstellen und vor allem aus Stiftungen zusammensetzen, die wiederum aus staatlicher, großindustrieller und der Beteiligung weiterer Stiftungen bestehen, die wiederum ... Erkennbar ist die Tendenz, diesem unentwirrbaren Gestrüpp aus Regierungs- und privater Konzernbeteiligung, d. h. formell d e r Universität, die Lenkung der Grundlagenforschung und die Kanalisierung ihrer Finanzierung zu überlassen, während Staat und Firmen die Universität für unmittelbar produktive Forschungsaufgaben als Kunden in Anspruch nehmen, d. h. die Bedingungen vertraglich festlegen.

Der Forschungsauftrag wird – soweit möglich – in Teilbereiche für die einzelnen Abteilungen aufgegliedert; diese werden dort – falls sie nicht an nur mit Forschung befaßte, nicht auf Gewinn abzielende Institute („non-profit-corporations") abgegeben werden – wiederum nach Teilaufgaben für den einzelnen ordentlichen Professor klassifiziert. Dieser „offeriert sein Programm" den schon (als bachelor) graduierten Studenten und teilt ihnen, sowie dem niederen Lehrkörper, je nach Leistungsfähigkeit Aufgaben aus seinem Forschungsgebiet zu. Das gilt vor allem für Naturwissenschaften, aber auch in den Sozialwissenschaften – von der Forschungsarbeit über Zahnpflegeaufklärung des Friedenskorps in Amazonasdörfern bis zu Aspekten be-

stimmter Antiguerillataktiken an Hand echter Geheimdienstablichtungen.

Die Technik selbständigen Forschens und der Sinn für intellektuelle Arbeitsproduktivität und -mobilität wird fraglos stark gefördert. Es liegt jedoch eine doppelte Ausbeutung darin, daß der Student unbezahlt und – für welche politische Verwendung auch immer – qualifizierte Forschungsarbeit leistet und darüberhinaus für ein angerechnetes Semester mindestens 800 Dollar Gebühren bezahlen muß. Der Konflikt kommt bisher kaum zum Tragen:

Kam die Universität den gesellschaftlichen Leistungsanforderungen entgegen, so kam die US-Gesellschaft der Universität entgegen und erhob den akademischen Grad zum Äquivalent, indem sie es unter Aufgabe des self-made-man-Amerikanismus zum Eintrittsbillet zum Markt gesellschaftlicher Aufstiegschancen machte; sein Wert bemißt sich nach dem Ansehen der graduierenden Hochschule, das wiederum von der Inanspruchnahme ihrer Forschungskapazitäten durch Staat und Konzerne bestimmt wird.

Die doppelte Ausbeutung wird außerdem durch einen geflissentlich aufrechterhaltenen und von der Studentenschaft weitgehend verinnerlichten Professorenpatriarchalismus überspielt, der also durch Reformen nach US-Vorbild kaum irgendwo absterben würde (nur als Tradition gäbe es ihn in einem Lande wie den USA nicht mehr). Sein unbezahlter produktiver Einsatz und seine Unfreiheit in der Themenwahl wird dem graduierten Studenten ausschließlich als Mittel seiner wissenschaftlichen Disziplinierung und Erziehung zur Effizienz präsentiert. Hieraus – und nicht nur aus dem Diskretionsbedürfnis der zahlreichen Kriegsforschungsprojekte – ergibt sich die vielfach mangelnde Unterrichtung der Beteiligten über die funktionale Einordnung ihres Forschungssektors. Nicht „Lehre", Ausbildung(training), sondern der Popanz „education"-Erziehung im weitesten Sinne – wird unter völlig erwachsenen Menschen unablässig beschrieen und vermag das Leistungs-Gegenleistungsdenken selbst bei Amerikanern zu unterbinden. Daß der US-Professor dem Anstellungsprinzip des „Heuerns und Feuerns" unterliegt und vergleichsweise geringer Qualifikation (nicht einmal des Dr.) bedarf, (über-)kompensiert er im Rahmen dieses Patriarchalismus. Stilelemente der amerikanischen akademischen Gemeinschaft, von pädagogisch-überlegenen Pseudo-Oxford-Allüren bis zur spektakulären Rolle der universitätseigenen Sportmannschaften könnten als „activation" subsumiert werden, unter welchem Kunstwort die politische Wissenschaft in den USA die Überspielung eines Konflikts durch konfliktfremde, subjektive Faktoren zusammenfaßt; immerhin zur Hochschulreformdiskussion ein interessanter Nebenaspekt.

II.

Das geistige Klima an der N.Y.U wirkt zunächst auch für US-Verhältnisse nicht ausgesprochen avantgardistisch. Die politische Wissenschaft könnte nicht besser charakterisiert werden als durch A. A. Rogow's schon 1957 in der American Political Science Review erschienenen Artikel: „What Happened to the great Issues?" (Was ist aus den großen Fragen geworden?); Republikanische und Demokratische Partei verkörpern die Polaritäten, andersgelagerte Widersprüche werden nicht selten zu Un-Problemen („unproblems") erklärt. Ab und wann verschwinden Professoren als Berater nach Südvietnam („It's a bit hush hush", es ist ein bißchen eilig, munkeln die Kollegen); eine Dominierung durch die CIA wie bei der Michigan State University ist nicht nachweisbar. Der führende US-Philosoph, Ex-Marxist und McCarthyist, Sidney Hook, entwickelt seinen durch klassisch-europäische Angleichung verfeinerten Pragmatismus und verdient sein Brot mit der 17 000-sten Marxtötung. (Auf die Frage nach der Bedeutung des Kommunismus meinte ein Student: „Nun, da ist immer eine Thesis und eine Antithesis, und dann ist da immer eine Synthesis, und das ist Kommunismus"). Bei den Juristen ist aus naheliegenden Gründen das traditionelle Völkerrecht durch die rein pragmatisch-interessenpolitische Erforschung der internationalen Beziehungen verdrängt worden; ein Rechtslehrer, der zum gleichen Zweck eine militärische Intervention durch das nachgeholte Hilfsersuchen einer nachträglich gebildeten Regierung legitimiert sein läßt, wird – weil sich immerhin der völkerrechtlichen Nomenklatur bedienend – als „Formalist" gefrozzelt.

Hier fließt nun ein für die N.Y.U. spezifisches, die Auseinandersetzung förderndes und damit niveauhebendes Element ein: an der N.Y.U. ist das Ausländerstudium der USA konzentriert (ca. 6000 bis 7000 Studierende). Von den Westeuropäern der 50er Jahre – über den besonders amerikanismusfrommen Eifer der Westsdeutschen wird noch heute geschmunzelt – hat sich der Schwerpunkt den politischen Bedürfnissen entsprechend ganz auf die unterentwickelten Länder verlagert. Diese Studenten sind nicht erst durch die Anschauung des Elends kritisch geworden, das an einem Ort, an dem ein Großteil des Reichtums auch ihrer Heimatländer zusammenfließt, in so erstaunlichem Ausmaße herrscht. Weitsichtig genug, holt man sich die kritische Elite dieser Länder heran. Die auf sie spezialisierten Lehrgänge und Lehrkräfte vermitteln unter Überwindung der amerikanischen Denkweise den Eindruck einer unerhörten Bandbreite der Meinungen und Reformbestrebungen in den USA. Dort wird sogar so etwas wie Imperialismus, ja amerikanischer Imperialismus anerkannt. In Forschungsarbeiten können durchaus der bedauerliche Tatbeitrag der United Fruit Company zu einem südamerikanischen Militärputsch und die „Fehler" einer beteiligten Regierungsstelle ermittelt werden – mit der rein staatsanwältisch-positivistischen Methode; in sympathieheischender Gleichsetzung mit der Metaphysik wird die Erfassung von Staat und Gesellschaft als Totalität als unwissenschaftlich abgetan, – damit auch jeder konsequente gesellschaftswissenschaftliche Erkenntnisprozeß. Ein Vergleich dieser konfliktbejahenden Integrationsmethode mit dem „Jesuitenprinzip", wonach aus der bewußt durchlebten und durchlittenen Widersprüchlichkeit Kraft und Disziplin (für eine ungute Sache) geschöpft werden sollen, wäre nicht ganz abwegig.

III.

Für US-Verhältnisse ist auch die Studentenschaft von einiger Originalität. In die gewöhnliche Palette (vom graduierten Fischblickstrategen, der aus seiner Faszination durch die Erfolge der SU und der VR China kein Hehl macht – wobei die Vernichtungsabsicht immer kühle gentlemanlike Selbstverständlichkeit bleibt –, bis zum fixen Bürstenkopf, der für die Regierung oder das Unternehmen von

COCA-COLA und COKE sind eingetragene Warenzeichen für ein und dasselbe allbekannte koffeinhaltige Erfrischungsgetränk.

unorthodoxer Wirksamkeit sein will, mischt sich hier ein neues Element: Hinter der N.Y.U. am Washington Square liegt Greenwich Village in malerischer Schmutzigkeit; hier leben und studieren Leute, die aus kulturellen oder Gewissensgründen aus dem Süden und Mittelwesten hierher emigriert sind, zunächst in individualistischer Auflehnung gegen die etablierte Prüderie und Antiintellektualität der amerikanischen Szenerie. Dies verläuft sich zu einem Teil in den Bahnen vielfältiger Kommerzialisierung; von den „button shops", Läden, in denen Plaketten mit Protestslogans bis zu Hollywooddevotionalien feilgeboten werden, wurde einer – der „Revolutionärste" – in richtiger Kalkulation vom Goldwaternahen Gimbels' Kaufhauskonzern eröffnet. (Nebenbei: im Falle der sog. Jugend- und Hippie-Subkultur gelingt der Nachweis der „totalen Manipulation" besonders leicht.) Mit fein differenzierendem Gespür begegnen die Autoritäten jeglicher Protesthaltung mit Liberalität, solange und soweit sie die Masse der Bevölkerung kaum tangieren kann.[1])

Zum anderen liegt hier doch auch ein beachtliches Ferment für den Umdenkungsprozeß, den die US-Agressionspolitik gerade an den Hochschulen ausgelöst hat. Erste exakte Daten über die Realität bzw. Begrenztheit dieser Gegenkraft finden sich in Bryce Nelson's Artikel „Military Research: A Decline in the Interest of Scientists?" in der Aprilnummer des US-Wissenschaftsratorgans „Science", wo vom Standpunkt des Pentagons aus eine spürbare Verdrossenheit der Wissenschaftler über den Kriegsforschungssektor wenigstens zum Teil auf die wachsende Antikriegsstimmung zurückgeführt wird.

Natürlich sollten rein oder überwiegend intellektuelle Bewegungen nicht überschätzt werden. Ihre Anhänger sind allerdings dabei zu lernen, sich mit der Negerbewegung als der quantitativ und qualitativ bedeutsamsten Bewegung proletarischer Demokratie in der US-Geschichte zu verbinden, an den – nach Jahren der Friedhofsruhe – ersten politischen Positionenkämpfen in den Gewerkschaften teilzunehmen, die Anfälligkeit der amerikanischen Öffentlichkeit für Massenhysterien als Ausdruck sozialer Wunden und Konflikte zu verstehen und – nicht zuletzt – Hochschulfragen als gesamtgesellschaftliche Fragen zu erfassen.

---

[1]) Die Liberalität schließt den Überwachungsmechanismus in Aufzügen nicht aus: Das von Kommunisten gegründete American Institute for Marxist Studies (AIMS), das zunächst einmal Hochschullehrer und Studenten in einem Fördererkreis organisieren soll, ist im 5. Stock eines Lagerhauses in der 30sten Straße nur durch einen Aufzug zu erreichen. Nachforschungen wegen eines befremdlichen Glitzerns im roten Notknopf des Aufzugs ergaben, daß bislang jeder Besucher, der den Knopf „5. Stock rechts" drückte, damit zugleich ein Paßfoto für die Bundeskriminalpolizei geliefert hat.

Bemerkungen zur Springer-Resolution und einigen ideologischen Implikationen

Von Lothar Peter

Um die Anti-Springer-Kampagne ist es stiller geworden. Drohende Verabschiedung der Notstandsgesetze, Auseinandersetzungen mit der Universitätsbürokratie, AStA-Wahlen und spezifische Probleme der einzelnen Gruppen haben vorerst in den Hintergrund gedrängt, was sich auf der 22. Delegiertenkonferenz des SDS unter beklemmendem Beifall ankündigte. Indessen sollte der Aufschub, erzwungen durch Vorrangigkeiten des politischen Kampfes, nicht darüber hinwegtäuschen, daß gerade im Projekt der Springer-Enteignung Theorie und Praxis eines von Auseinandersetzungen zerrütteten SDS gewaltsam auf den Begriff gebracht wurden.

Bücher der Kommenden – zu Fragen der Zeit

Unsere aktuelle Paperback-Reihe:

Neuerscheinung 1967:

H. G. Schweppenhäuser
DIE TEILUNG DEUTSCHLANDS ALS SOZIALE HERAUSFORDERUNG
220 Seiten – Paperback – DM 17,80

Der Zweite Weltkrieg hat in seinen sozialen Ergebnissen zu einer Teilung Deutschlands geführt. In Auswirkung dieser Teilung hat sich die Öffentliche Meinung in der Bundesrepublik in zwei Lager gespalten, die schon über die Ursachen und Vorgänge, die zur Teilung führten, verschiedener, ja gegensätzlicher Meinung sind. In seinen Untersuchungen unternimmt der Autor den Versuch, die in der Teilung sich offenbarenden Phänomene so zu betrachten, daß sie sich in ihrem Wirklichkeitscharakter enthüllen, um die Möglichkeit neuer Wege einer deutschen Politik zu erschließen, durch die ein positiver Beitrag zur Überwindung der sich in der Teilung darstellenden sozialen Weltengegensätzlichkeiten geleistet werden kann.

Eine weitere wichtige Neuerscheinung:

H. G. Schweppenhäuser
DER KAMPF UM DIE MITBESTIMMUNG
Ein Schlagwort und seine sozialen Konsequenzen
Broschüre – 68 Seiten – DM 6,80

Dieses Buch ist ein Beitrag zum sozialpartnerlichen Gespräch, der neue Überlegungen zur Diskussion stellen will. Gerade in diesen Wochen von hoher Aktualität, setzt sich diese Arbeit mit der Position des arbeitenden Menschen und seiner Situation zwischen den Institutionen des Arbeitskampfes auseinander.

Renate Riemeck
MITTELEUROPA – BILANZ EINES JAHRHUNDERTS
224 Seiten – Paperback – DM 14,80

Wer sich mit der Geschichtsentwicklung der letzten hundert Jahre in unserem Lebenskreis auseinandersetzt, darf diese Studie von Renate Riemeck nicht unberücksichtigt lassen, von der Sebastian Haffner sagt: „man muß es gelesen haben" und die er als „Beginn einer neuen Literatur" bewertet. Das Buch möchte auf Grund historischer Fakten die tieferen Hintergründe der Geschichte Mitteleuropas in den letzten hundert Jahren aufzeigen.

Folkert Wilken
DIE BEFREIUNG DER ARBEIT
Die Überwindung der Arbeitskämpfe durch assoziative Betriebsverfassung
216 Seiten – Paperback – DM 14,80

Die Art, wie heute die Arbeit in die durch das Konkurrenzprinzip bestimmte Wirtschaft gestellt wird, zieht die ständige Zerstörung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes nach sich. Folkert Wilken, der als Professor in Freiburg wirkt, zeigt in seiner Arbeit auf, wie sich das soziale Leben entwickeln muß, wenn der Arbeit eine gesunde Stellung im sozialen Organismus zugesichert werden soll.

Verlag die Kommenden · 78 Freiburg i. Br. · Postfach 1707

Noch ist diese Resolution geistig faßbar, wenn man die gegenwärtige Lage des SDS zu untersuchen unternimmt, weshalb das Projekt es nicht verdient, in Vergessenheit zu geraten. Nimmt man den Text zur Hand [1]) und hält sich nicht länger bei den pseudo-theoretischen Pflichtübungen auf, die vor den grundlegenden Gegensätzen des kapitalistischen Systems eifrig abgeleistet werden, so gelangt man rasch zu der Entdeckung, daß Herrschaft im Neokapitalismus sich durch das System der Manipulation bestimme. Scheinbar zwingend wird aus dieser Annahme, deren ideologische Jungfräulichkeit von jedem kritischen Zugriff verschont bleibt, gefolgert, diese Herrschaft sei nur aufzuheben, sofern es gelinge, die Mechanismen der manipulativen Versklavung zu durchbrechen.

Läßt man sich aber auf ins Einzelne gehende Studien über Klassenstruktur, Produktionsprozeß, Besitzverhältnisse, Lebenskosten- und politische Bindungen (Regierungspolitik, Parteien, Gewerkschaften etc.) ein, so erscheint zweifelhaft, ob diejenigen Mechanismen, welche die Intellektuellen für die gegenwärtige Herrschaft als kennzeichnend und grundlegend enthüllen gleich den Mechanismen sind, welche die Stabilität des Systems und die Chancen der Ausbeutung objektiv garantieren.

Für die Urheber der Anti-Springer-Kampagne ist dieses zur Ermittlung sozialistischer Perspektiven und praktischer Ansätze immerhin wichtige Problem längst entschieden. Zwar verzichtet die Resolution verbal auf das Zusammenfallen von Ideologie und gesellschaftlicher Produktion im Sinne Marcuses, zwar ist nicht mehr unwiderlegbar die Rede davon, daß Ideologie selbst zum Produktionsfaktor geworden sei, nichtsdestoweniger schreibt man aber der Manipulation eine besondere Herrschaftsfunktion zu.

Dem entsprechen der praktischen Umsetzung vorbehaltene Forderungen: „Der Kampf für die Befreiung vom anachronistischen Herrschaftssystem des Kapitalismus fordert zu allererst die Befreiung des Bewußtseins." Das drängt geschichtliche Erinnerungen auf, und fällt zurück auf die Stufe eines Blanqui, der meinte, vor einer sozialen Befreiung müßten die Menschen erst von Religion und Kirche emanzipiert werden. – Das zeigt zudem, wie verkümmert die so oft beschworene sinnliche Erfahrung ist, die wohl unter den Zwängen industrieller Arbeit zunächst vulgärere Formen von Freiheit anstreben würde.

Wo alles der Manipulation unterworfen scheint, erliegt man rasch der Verführung durch das Modell der Eindimensionalität (Marcuse), läßt sich ein zum Überschreiten des gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustandes berufenes Subjekt nicht mehr auffinden, entfällt die Analyse der Gesellschaft als einer Klassengesellschaft. Verwischen die Umrisse von Arbeiterschaft und kritischer Intelligenz, so wandern die den bürgerlichen Intellektuellen zugedachten Handlungsanweisungen Lenins in die Mottenkiste und steigt schließlich der „integrale Etatismus" [2]) aus der „traditionalistischen" Asche. Die Schatten seiner Flügel liegen über der Resolution. Die Aufgabe marxistischer Intellektueller, derjenigen Klasse sozialistisches Bewußtsein zu vermitteln, die – bedingt durch ihre Stellung im Produktionsprozeß – politische Macht repräsentiert, wird umgemodelt in eine Strategie, die, indem sie Springer angreift, von sich behauptet, sie führe eine direkte Offensive gegen das spätkapitalistische System.

Der großspurigen Ausdrucksweise entspricht der politische Köhlerglaube, daß die Befreiung des Bewußtseins der ökonomischen Befreiung vorausgehen müsse, da ja – so zwischen den Zeilen zu lesen – die Einsicht in die Notwendigkeit ökonomischer Veränderung der Hypnose durch den „Apparat" zum Opfer gefallen sei.

Nicht nur spottet das diachronische Schema von Bewußtseinsemanzipation und endgültiger Umwälzung der Eigentums- und Produktionsverhältnisse jeder geschichtlichen Erfahrung und jedes revolutionären Versuches, im Dunkeln bleibt auch, wie, wann und wo beide Phasen sich berühren.

Das sei nicht wahr, werden die Verfechter der Kampagne einwenden und auf jenen Abschnitt verweisen, wo es heißt:

[1]) Vollständiger Text der Resolution im Dokumententeil dieses Heftes.

[2]) „Integraler Etatismus" ist ein von Max Horkheimer geprägter und auf die UdSSR von 1940 gemünzter Begriff.

„Wenn sich der SDS der Parole „Enteignet Springer" anschließt, so deswegen, weil er in dieser Forderung die erste offensive Aktion gegen die spätkapitalistischen Besitzverhältnisse sieht. Diese Formel und die durch ihre Verbreitung aktivierte antiautoritäre Bewegung markieren insofern einen Übergang, als mit der nationalen Kampagne gegen die Manipulation die direkte Konfrontation einer als Kollektiv handelnden, in der Aktion selbst die Fesseln der Manipulation abstreifenden Minderheit mit dem durch die staatliche Zwangsgewalt gestützten privilegierten Herrschaftsanspruch stattfindet. Wenn es dieser Kampagne gelingt, wenigstens teilweise den Schleier von den ökonomischen Verhältnissen zu ziehen, wird sie auch die Disziplin in der kapitalistischen Produktion selbst treffen." Gerade in dem letzten Satz zeigt sich die von konkreten Erwägungen unangetastete Reinheit der mechanistischen Konstruktion; denn es bleibt ein Geheimnis, wie sich die Verinnerlichung eines in erster Linie gegen Manipulation gerichteten Freiheitsbedürfnisses bei den unmittelbaren Produzenten vollziehen soll, – hat man ihnen doch bislang unermüdlich die Fähigkeit bestritten, ihre Konflikte zu erkennen und diese Erkenntnis praktisch einzulösen.

„... wird sie auch die Disziplin in der kapitalistischen Produktion selbst treffen" – steht geschrieben, aber man gebe sich keinen Trugschlüssen hin: Es wird nicht so sein, daß die Arbeiter zuerst die „Bild-Zeitung" zerreißen, ehe sie revolutionäre Bewegungen auslösen, welche die Disziplin in der Produktion untergraben und endlich abschütteln. Revolutionäre Tendenzen in der Arbeiterschaft werden sich überhaupt nur entwickeln, wenn die abhängig Arbeitenden – in der täglichen Gegenüberstellung ihrer vom jämmerlichen Krankengeld über knapp bemessene Vorgabezeiten bis zum drohenden Verlust des Arbeitsplatzes reichenden „Lebensbedingungen" – die Notwendigkeit revolutionären Handelns ins Bewußtsein heben. (Der Beschleunigung dieses sozialistischen Bewußtseins dient die gar nicht attraktive Schulungsarbeit der sogenannten Traditionalisten, die keine glänzenden Erfolge vorweisen können.)

Noch handgreiflicher treten die der Resolution innewohnenden Widersprüche zu Tage, wenn man nach dem angemessenen Verhältnis von Theorie und Praxis fragt; denn einmal verflüchtigt sich Klassenherrschaft zu einem „der kapitalistischen Rationalität gehorchenden System", bisweilen auch „Apparat" genannt, zum anderen will man durch das Knacken von „Bild"-Kästen und Verhinderung der Auslieferung des Boulevard-Blattes jener als anonym suggerierten Macht zu Leibe gehen. Verglichen mit diesem hahnebüchenen Utopismus muten die hoffnungslosen Aktionen der Maschinenstürmer geradezu wirklichkeitsnah an.

So unhaltbar wie die erpreßte Einheit von Theorie und Praxis erscheint auch die Losung „Enteignet Springer", in der das Agitatorische zur illusionären Parole ausschlägt. Entweder schießt hier ein von aller Dialektik verlassenes Denken ins Kraut, das nichts mehr von der wechselseitigen Abhängigkeit der Produktionsbereiche weiß, oder man hausiert mit einer bewußt falsch formulierten Losung. Gleichgültig wie die Verteidiger sie interpretieren mögen, daß sie überhaupt der langwierigen Auslegung bedarf, enthüllt die Schwäche des Gesamtentwurfs: die geplanten Aktionen selbst werden kaum bedacht.

Stattdessen spricht man von einem diffusen sozialen Potential, von „allen Kräften der antiautoritären und antikapitalistischen Opposition", die berufen sind auszuführen, was man sich wünscht. Das „Bedürfnis nach kollektiver Aktion" einmal unterstellt, rückt das Schlaraffenland der „sozialistischen Demokratie" in greifbare Nähe. Was in der Geschichte der Arbeiterbewegung mit dem Begriff „Taktik" umrissen zu werden pflegte, muß wohl unzeitgemäß geworden sein, denn wie die immerhin entgegengesetzt gelagerten Pole „totale Herrschaft des Apparats" und „sozialistische Demokratie" konkret zu vermitteln seien, darüber schweigt sich die Resolution aus. Wo das Aufzeigen praktischer politischer Schritte, eine schärfere Zeichnung der sozialen Basis für die Aktionen und die nüchterne Bezeichnung möglicher Ergebnisse erwartet wird, bietet der Text, sonst großzügig im Angebot gängiger Phrasen, nur dünne Abstraktion. Über die ihr innewohnenden Widersprüche hinaus ist diese Resolution ein Dokument der gegenwärtig im SDS waltenden Verwirrung. An der rauhen Wirklichkeit abgeprallt und zurückgeworfen auf eine isolierte Position

fällt es schwer, die sozio-ökonomischen und politischen Bindungen der Gesellschaft zu entschleiern und den Anforderungen eines geschichtlichen, mit den Kategorien dialektischer Veränderung arbeitenden Denkens standzuhalten.
In den – neben Salzar-Portugal und Franco-Spanien – reaktionärsten Staat Westeuropas verbannt, isoliert von der DDR, ohne Verbindung zu Organisationen einer lebendigen westdeutschen Arbeiterbewegung und ständiger, bis ins „Private" reichenden Diskriminierung ausgeliefert, erweist es sich als unendlich mühselig, marxistische Theorie auf eine schier undurchdringliche soziale Wirklichkeit anzuwenden und dementsprechende Formen sozialistischer Praxis zu entwickeln. Daß da zu den Heilmitteln des Utopismus gegriffen wird, verwundert kaum – es gilt, die vorgefundenen Bedingungen, die diesen Utopismus produzieren, in eine Struktur marxistischen Verstehens einzubeziehen.
Gefährlich, – und zwar gefährlich für die eigene, noch in den Kinderschuhen politischer Erfahrung steckende Organisation, den SDS – werden unausgegorene Strategien aber dann, wenn die Versuchung überhand nimmt, das revolutionäre Ziel mit unzulänglichen politischen Mitteln und Vorstellungen „kurzzuschließen". Das würde das Ende vernünftiger Kontrolle über die derzeit zur Verfügung stehenden politischen Mittel besiegeln und den Maßstab für das Agressions- und Unterdrückungspotential der herrschenden Klasse entreißen.

Zum Verhältnis von Studentenbewegung und Arbeiterbewegung

Von Anne Nigbur

Die Ereignisse um den 2. Juni, der Zusammenstoß der studentischen Opposition mit der staatlichen Gewalt aus politischen Gründen machte die brutale Gewalt als Methode der „Ordnungshüter" in Krisensituationen sichtbar. Der für Benno Ohnesorg tödliche Schuß, die Hiebe auf die Köpfe der Demonstranten, die weitere Mißhandlung schon zu Boden Geknüppelter waren kein bedauerliches zufälliges Versagen einzelner Beamter bzw. der Westberliner Bürokratie, sondern Ausdruck einer Klassenherrschaft, die sich in „ruhigen" Zeiten hinter dem Schleier der Demokratie sowie der „freiheitlichen Grundordnung" verbergen kann. Die ersten Opfer der sich seit einiger Zeit ständig wiederholenden Notstandsübungen in militärischen wie halbmilitärischen Organisationen wurden in diesem Falle nicht die eigentlichen Zielobjekte der Notstandsplanung, die Arbeiter, sondern die studentische Opposition. Hier spielte sich ein Stück Klassenkampf ab, von der gegnerischen Seite bewußt vorbereitet und mit aller Härte rücksichtslos geführt, während die Demonstranten zu großen Teilen auf einen Spaß eingestellt waren, den ihnen die an dem prächtigen Kaiserpaar zerschellenden Eier und Tomaten bereiten würden.

Sicherlich waren die Formen des Protests ein wesentlicher Grund dafür, daß die öffentliche Solidarisierung breiter Kreise der organisierten wie nichtorganisierten Arbeiterschaft mit den Demonstranten ausgeblieben ist. Für nicht besonders fortschrittliche Gewerkschaftsfunktionäre boten diese Formen ein willkommenes Alibi für ihr unsolidarisches Verhalten. Der durch die Springer-Presse „vorgebildeten" breiten Masse der westberliner und bundesdeutschen Bevölkerung verschleierten sie den rationalen, nämlich politischen Kern des Protests. Betroffen von der einem fehlenden politischen (sprich Klassen-)bewußtsein entspringenden Passivität der Berliner Arbeiterschaft, starteten sozialistische Studenten

1968

SOLLTEN AUCH SIE EINMAL
eine neue Zeitschrift

lesen, eine Zeitschrift

mit dem Mut

zu neuen Gedanken

eine Zeitschrift, die Ihnen viele geistige Anregungen auf allen Gebieten zu schenken vermag. Viele Tausende von geistig wachen Menschen lesen bereits seit Jahren

DIE KOMMENDEN

eine unabhängige Zeitschrift für geistige und soziale Erneuerung

In jeder Nummer: Der Leitartikel, Blicke in das Zeitgeschehen, Politische Kurzinformationen, Aktuelle Aufsätze zur kulturellen und sozialen Problematik unserer Zeit, Betrachtungen über Kunst, Geschichte, Psychologie, Naturwissenschaft. Laufende Behandlung pädagogischer Fragen. Hinweise auf neue Wege seelischer Schulung.

Die Kommenden erscheinen halbmonatlich, 24mal im Jahr. Der Bezugspreis für das ganze Jahr beträgt DM 30,– zuzüglich DM 4,60 Porto.

Wenn Sie auf nachfolgendem Abschnitt bestellen, gewähren wir Ihnen einen Vorzugspreis von DM 25,–.

Ich bestelle beim Verlag Die Kommenden, 78 Freiburg i. Br., Postfach 1707, für das Jahr 1968 ein laufendes Abonnement der Zeitschrift

Vorzugsangebot

DIE KOMMENDEN

Name:

Vorname:

Ort:

Straße:

FZ

in einigen an revolutionärer Tradition reichen Arbeitervierteln Westberlins (roter Wedding u. a.) Aufklärungsaktionen, um den Arbeitern bewußt zu machen, „was ihnen blüht, wenn sie auf die Straße gehen müssen, um wie die Ruhrkumpel für sichere Arbeitsplätze zu demonstrieren." Man wollte ihnen angesichts der blutigen Vorfälle klarmachen, daß „man mit Arbeitern noch brutaler verfahren wird, weil man vor ihnen mehr Angst hat."

Wie die eben zitierten Flugblätter zeigen, haben die politisch fortgeschrittensten Kräfte unter den Studenten in dem Augenblick, da sich die organisierte Gewalt der Staatsmacht gegen sie richtete, den Antagonismus der Klassenkräfte, in dessen Rahmen von der Polizei inszenierte Straßenschlachten ihre Funktion haben, richtig erkannt. Der Polizist, nach Verabschiedung der Notstandsgesetze auch der Bundeswehrsoldat, wird auf streikende und demonstrierende Arbeiter brutaler einschlagen bzw. eher von der Schußwaffe Gebrauch machen nicht etwa deshalb, weil diese als „unterste Schicht" der Gesellschaft die bürgerlichen Grundrechte der Meinungs-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit etwa nicht wahrnehmen dürften. Polizisten wie Soldaten würden durch Befehl zum Schießen gezwungen werden, weil die geballte Kraft einer mündigen, selbstbewußten Arbeiterklasse das Ende kapitalistischer Herrschaft auch in unserem Lande bedeuten könnte. Nicht allein die empfindliche Reaktion der Herrschenden auf die geringste Regung in Kreisen der lohnabhängigen Bevölkerung, sondern viel mehr die Tatsache, daß die Arbeiterklasse bei einem Streik größeren Ausmaßes auch heute noch die für die beständige Reproduktion der bestehenden Machtverhältnisse erforderliche Produktion stilllegen kann, spricht von der objektiv existierenden revolutionierenden Kraft der Arbeiterklasse. Ihre Stellung im Produktionsprozeß, ihr Verhältnis zu den Produktionsmitteln begründen wesentlich die Stärke. Deshalb muß die herrschende Klasse zu dem vom unmittelbaren Produktionsprozeß getrennten Machtapparat, Polizei und Militär, greifen, um die Arbeiter gegebenenfalls durch Gewaltanwendung vom Kampf für ihre eigenen Interessen abzuhalten. Die deutsche Geschichte bietet genügend Beispiele dafür. Offensichtlich hat der geringe Erfolg der Aufklärungs- und Flugblattaktionen in den Arbeitervierteln den Studenten weitere Einsichten für ihr Verhältnis zu den Arbeitern als Klasse verbaut, mindestens jedoch erschwert und zu einer Überbetonung der eigenen, d. h. der Rolle der Studenten innerhalb revolutionärer Bewegungen in den hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern geführt. Die Resolution zur Hochschulpolitik, angenommen von der 22. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS im September 1967, legt beredtes Zeugnis davon ab. Damit steht die Frage nach dem Verhältnis von Studentenbewegung und Arbeiterbewegung wieder im Raum und wird vor allem diejenigen interessieren, die langfristig an der Beseitigung von Ausbeutung und Beherrschung des Menschen durch den Menschen arbeiten.

Bei dem gegenwärtigen Stand der Auseinandersetzungen an den Universitäten, beim Ringen verschiedenster gesellschaftlicher Kräfte um Einfluß auf die Hochschulen kann durchaus davon gesprochen werden, daß sowohl der Prozeß der Eingliederung der Hochschule in den staatsmonopolistischen Herrschaftsmechanismus (siehe Empfehlungen des Wissenschaftsrates bis 1970), als auch die Bemühungen der Studentenschaft und einer bestimmten Zahl von Assistenten und Professoren um echte Demokratisierung der Hochschule gesamtgesellschaftliche Prozesse adäquat abbilden. Denn im Bereich der Wissenschaft und der Hochschulen wird nur das nachvollzogen, was in allen anderen Bereichen der deutschen spätkapitalistischen Gesellschaft bereits erreicht ist: maximale Disziplinierung der Produzenten bei maximaler Nutzung der Produktivkräfte zur maximalen Steigerung der Profite der Kapitaleigner. Das ausgeklügelte System von Herrschaftsmechanismen politischer, ökonomischer wie ideologischer Art soll funktionstüchtig bleiben, indem es einerseits von der auf dem Hochschulsektor noch bestehenden Störanfälligkeit befreit wird. Andererseits soll die Hochschule durch die Eingliederung in die in weitem Maße bereits „formierte Gesellschaft" derselben neue Impulse für deren Perfektionierung liefern. Weder eine rückständige Hochschulstruktur, wie sie bislang vorherrschte, noch rebellierende Studenten dienen der Aufrechterhaltung des innenpolitischen status quo, der charakterisiert ist durch die politische wie ökonomische Macht in den Händen der „besitzenden" Klasse, der Eigentümer an den Produktionsmitteln. Ferner ist der innenpolitische status quo gekennzeichnet durch eine verhältnismäßig starke Lähmung der die kapitalistische Gesellschaft objektiv revolutionierenden Kräfte. Eingangs wurde auf die objektive Rolle der Arbeiterklasse in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bereits hingewiesen. Die subjektiven Voraussetzungen zur Wahrnehmung ihrer historischen Aufgabe sind ihr teils gewaltsam genommen worden (siehe KPD-Verbot mit allen Folgeerscheinungen), teils hat sie sich selbst dieser Voraussetzungen begeben (mit der Umwandlung der SPD in eine „Volkspartei" hat sie selbst auf den Anspruch, revolutionäre Kraft zu sein, verzichtet und sich zum Erfüllungsgehilfen imperialistischer Interessenpolitik degradiert). Mangels politischer wie ökonomischer Interessenkämpfe gewann unter großen Teilen der Bevölkerung die der Wirklichkeit widersprechende Vorstellung vom Klassenfrieden, vom „sozialen Rechtsstaat" die Oberhand. Den herrschenden Kräften ist es gelungen, den Hauptwiderspruch dieser Gesellschaft, den Interessengegensatz zwischen Lohnarbeitern und Kapitaleigentümern als nicht existent aus dem Bewußtsein der lohnabhängigen Bevölkerung zu verdrängen und die Kritik an Mißständen dieser Gesellschaft im Rahmen des Systems zu halten.

Die Auseinandersetzungen um den bestimmenden Einfluß auf die Hochschule treffen dieselbe als Institution der eben charakterisierten Gesellschaft, die als integrierter Bestandteil derselben für deren ständige Reproduktion der gegebenen Machtverhältnisse auf dem ihr zugewiesenen Gebiet zu sorgen hat. Die Fähigkeit der Lehrenden und Lernenden, die in ihrer wissenschaftlichen Arbeit gewonnenen Denkmethoden auch auf die bestehende Gesellschaftsordnung einschließlich Herrschaftsapparat (Staat) anzuwenden, muß notwendigerweise zu einem kritischen Bild von der bestehenden Gesellschaft führen, was die subjektiven Voraussetzungen für die politische Praxis studentischer Opposition schafft. Objektiv entzündet sich der Widerspruch der Studenten gegen Bestehendes an den zur Kritik genügend Anlaß gebenden unerträglichen materiellen Bedingungen des Studiums. Subjektive wie objektive Faktoren sind also gegeben,

Kursbuch II 1968

Revolution in Lateinamerika

Peter Weiss: Che Guevara

Imperialismus und kapitalistische Entwicklung in Lateinamerika

Der bewaffnete Aufstand

Internationaler Kontext: China, Kuba, Vietnam

Interview mit Douglas Bravo

Fidel Castro: Rede vom 13. Mai 1967

Antwort der Kommunistischen Partei Venezuelas

Dossier: Lateinamerikanische Annalen

Hans Magnus Enzensberger: Berliner Gemeinplätze

Suhrkamp

auf deren Grundlage die studentische Bewegung in kurzer Zeit einen bis dato unvorstellbaren Aufschwung genommen hat und unbeirrt mit ungebräuchlichen, z. T. orginellen Mitteln für die Verwirklichung eigener Zielvorstellungen, für die Wahrnehmung studentischer Interessen kämpft. Als Institution und Bestandteil der jeweiligen Gesellschaft ist die Hochschule den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen unterworfen, durch sie in ihrem Aktionsradius begrenzt. Die Hochschule kann weder hinter der erreichten Qualität gesellschaftlicher Entwicklung auf die Dauer zurückbleiben, noch kann sie erfolgreich aus diesen Verhältnissen ausbrechen. Insofern bleibt jeder Versuch einer dem gesellschaftlichen Fortschritt dienenden Strukturveränderung der Hochschule eine Utopie, wenn sie nicht mit qualitativer Veränderung der materiellen Grundlagen der Gesellschaft (der Eigentums- und damit auch der Machtverhältnisse) einhergeht. Deshalb ist die studentische Bewegung auch nur dann stark und erfolgreich, wenn sie ein Bündnis mit den Kräften eingeht, die von ihrer objektiven Stellung als „Stützen der Gesellschaft" deren Grundlage tatsächlich infrage stellen können.

Damit ist schon ein Hinweis gegeben auf die Wechselbeziehungen, die zwischen den verschiedensten Oppositionsbewegungen in den einzelnen Bereichen der gesellschaftlichen Wirklichkeit bestehen. Damit stellt sich jedoch auch die Frage nach der gesellschaftlichen Relevanz der jeweiligen in Opposition zum herrschenden Gesellschaftssystem stehenden Kräfte. Zu vergleichen wäre in unserem Falle die Sphäre der materiellen Produktion mit dem Sektor Hochschulbildung.

Die materielle Produktion, Voraussetzung und Grundlage jeder menschlichen Gesellschaft, bestimmt Art und Ausmaß der Anforderungen, die eine jede Gesellschaft an ihr Bildungswesen im allgemeinen und die Hochschulbildung im besonderen zu stellen hat. Das Zeitalter der Automation, des technischen Fortschritts bringt für die Universität eine Ausweitung der naturwissenschaftlichen und technischen Fakultäten, Neugründungen mit volkswirtschaftlich-technischer Ausrüstung, was nicht ohne Einfluß auf Struktur und anzustrebendes Bildungsideal der Universitäten bleiben kann. Als Forschungsstätte wird sie in den Produktions- und Reproduktionsprozeß direkt hineingezogen, gewinnt dadurch ein bislang unbekanntes unmittelbares Verhältnis zur Sphäre der materiellen Produktion. Die Verknüpfung von Wissenschaft und Produktion gestaltet sich in dem Maße, daß der eine Bereich ohne den anderen nicht mehr existieren kann. Als Ausbildungsstätte wird die Universität zum Zulieferbetrieb von Arbeitskräften für die Großindustrie, was die Voraussetzung für die „Proletarisierung" besonders der technischen Intelligenz sowie deren wachsende Bedeutung in künftigen Klassenauseinandersetzungen schafft. Auch der Wissenschaftler wird z. T. davon betroffen, denn sein Arbeitsplatz ist nicht mehr ausschließlich die Universität (siehe konzerneigene Laboratorien und Forschungsstätten), genauso wie die Fabrikarbeit nicht mehr das „Privileg" der wenig oder gar nicht gebildeten Lohnarbeiter bleibt. Insofern kann von einer ständig wachsenden Bedeutung der Universität für die Entwicklung der modernen Industriestaaten gesprochen werden, aber auch davon, daß die gesellschaftliche Relevanz der akademisch gebildeten Schichten in klassenpolitischen Auseinandersetzungen wächst.

Mit der wachsenden Bedeutung der Wissenschaft als unmittelbarer Produktivkraft, mit dem ständigen Zustrom akademischer Berufe in den Produktionsprozeß ändert sich sowohl der Charakter der Arbeit (Verschiebung des Verhältnisses von geistiger und körperlicher Arbeit zuungunsten der körperlichen); es ändert sich das Bild des Fabrikarbeiters, das bisher Verrichtung schwerer körperlicher Arbeit oder monotoner, wenig Vorbildung erfordernder schmutziger Arbeit an lärmenden Maschinen wesentlich geprägt wurde. Weiterhin ändert sich die Struktur der Arbeiterklasse, indem akademische wie halbakademische Berufe ihrer lohnabhängigen Stellung wegen objektiv in ihr aufgehen.

Diese sich abzeichnende Entwicklung zur qualitativen (weil neu hinzutretende, bislang von der Arbeiterklasse geschiedene Berufsgruppen) wie numerische Erweiterung der Arbeiterklasse ist Ausdruck des objektiven Prozesses der Proletarisierung der Klassenkräfte im Kapitalismus allgemein (siehe „Manifest der Kommunistischen Partei", MEW, 4, S. 471 ff) wie

im entwickelten Imperialismus im besonderen (hier genüge ein Hinweis auf die Konzentration des Großkapitals der BRD in den Händen von 100 Familien). Dieser ihrer Zusammensetzung nach heterogenen „modernen Klasse der Industrie- und Geistesarbeiter" (G. Donath) mit ihren aus unterschiedlicher Herkunft resultierenden divergierenden Bewußtseinsinhalten und den daraus entstehenden Widersprüchen fällt unter den Bedingungen des entwickelten Imperialismus die Rolle des „Totengräbers" zu. Das moderne Proletariat kann demnach seiner revolutionären Aufgabe nur gerecht werden, wenn auch die der Arbeiterklasse durch fortschreitende „technologische Anwendung der Wissenschaft" (Marx) zugeführten neuen Elemente zum richtigen Verständnis ihrer veränderten Klassenlage kommen, d. h. proletarisches Klassenbewußtsein entwickeln.

Die Studenten sind von dieser Entwicklung zunächst nur indirekt betroffen. Ihre Stellung als soziale Schicht innerhalb der Gesellschaft bleibt einstweilen noch nahezu unverändert. Nach wie vor sozial abhängig (von den Eltern, von einem Stipendium oder dem Erwerb aus Nebenbeschäftigungen), befindet sich der in der Ausbildung begriffene Student in einem D u r c h g a n g s s t a d i u m. Seinen Platz in der Gesellschaft, von dem seine Stellung zu dieser und zum herrschenden System wesentlich abhängen wird, erwirbt er erst mit Abschluß des Studiums. Sein politisches Engagement erhält dann ein größeres Gewicht durch die Funktion, die er in dem perfektionierten Getriebe der modernen Gesellschaft zu erfüllen hat; denn eine Weigerung an solcher Stelle bleibt nicht ohne Folgen für das System selbst, führt zur direkten Konfrontation der eigentlichen Interessengruppen dieser Gesellschaft.

Protest und Revolte der Studenten bewirken maximal einzelne Veränderungen in Richtung auf die demokratische Universität, im gesellschaftspolitischen Bereich können sie nur Interesse für ihre Probleme wecken und auf die Bedeutung einer demokratisch strukturierten und geführten Universität für den Ausgang politischer wie ökonomischer Interessenkämpfe verweisen. Universitätsrevolten können für sich allein, ohne das Zusammenwirken mit den antikapitalistischen Kräften in den übrigen Gesellschaftsbereichen die Machtpositionen der herrschenden Klasse weder erschüttern, noch ernsthaft gefährden.

Teile der oppositionellen Studentenbewegung sind sich ihrer Rolle als „Randgruppe", ihrer isolierten Stellung in dieser Gesellschaft durchaus bewußt. Dieser Zustand wird nach ihrem eigenen Selbstverständnis solange anhalten, wie die Arbeiterklasse und namentlich ihre Organisationen ihr Verhältnis zur sozialistischen Theorie und Praxis nicht ändern. Die „Randgruppen"-Theorie nährt die Illusion vom „wahren" Sozialismus, der allein von den Randgruppen noch gepflegt werden kann.

Die Resolution zur Hochschulpolitik des SDS vom September 1967 formuliert von diesem Standpunkt aus Thesen, die den Führungsanspruch der Studentenbewegung gegenüber der Arbeiterklasse begründen sollen:

- Die Emanzipation der Arbeiterklasse ist Voraussetzung für die Verwirklichung der demokratischen Universität; sie fordert von den Studenten die weitere praktische Herausarbeitung der Momente an der studentischen Bewegung,
  in *denen diese Bewegung für die Emanzipation der Arbeiterklasse strukturell exemplarischen Charakter hat.*

oder:

- Die Rebellion der Studenten ist in *ihrem antiinstitutionellen Charakter modellhaft für die Strategie des Klassenkampfes.*[1])

Wie Machtpositionen (politische und ökonomische) der herrschenden Klasse von der Arbeiterklasse erobert werden sollen nach der Vorlage von Modellen des antiinstitutionellen Kampfes, ist schwer einzusehen. Um die Wege zu ihrer endgültigen Befreiung ebnen zu können, wird die Arbeiterklasse die Macht zunächst übernehmen und institutionalisieren müssen; denn ein direkter Übergang vom Reich der Ausbeutung ins Reich der Freiheit für alles und jeden ist nicht möglich. Mit solchen Ratschlägen erweisen bestimmte Studenten der Arbeiterklasse einen schlechten Dienst und schaden ihrem eigenen Ruf als Dialektiker und Materialisten.

[1]) Resolution zur Hochschulpolitik in: neue Kritik 44, Nov. 1967, S. 18 u. 21.

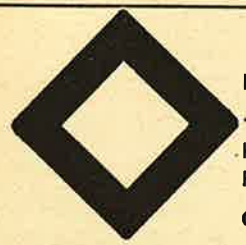
Ganz ohne Begründung will man die eigene, für zeitgemäßer gehaltene Strategie nicht im Raume stehen lassen. So führt man Begriffe wie „Produzentenklasse" (für Arbeiterklasse, Proletariat) und „intellektuelle Produzentenschicht" (für Studenten) ein, um durch geschickte Manipulation auf eine „historische Mission der Studentenklasse" zu kommen. Bezogen auf die Studenten ist dieser Terminus wohl aufgrund des gezogenen Vergleichs der Hochschule mit einem Produktionsbetrieb geprägt worden: Student = Produzent. Vergleiche hinken bekanntlich, und dieser ganz besonders. Bezogen auf die in der Sphäre der materiellen Produktion tätige Intelligenz trifft „Produzent" durchaus zu. Es wird auch keiner bestreiten, daß die Studentenschaft als soziale „Schicht" einigermaßen treffend charakterisiert ist. Damit nicht genug: Nun beginnt eine lustige Spielerei mit Wörtern, als deren Ergebnis wir eine völlig verdrehte „marxistische" Theorie vorgesetzt bekommen. „Arbeiterklasse" (Proletariat) wird im Text ersetzt durch „Produzentenklasse", was selbstverständlich nur ein anderer Ausdruck für dieselbe Sache ist. Man glaubt, durch die Verbindung beider Begriffe (Klasse und Schicht) mit dem in diesem Zusammenhang völlig überflüssigen Wort „Produzenten" den real existierenden Unterschied zwischen „Klasse" und „Schicht" aufheben zu können. Damit wird die Hoffnung verbunden, daß „diese intellektuelle Produzentenschicht selbst zu einem wichtigen Faktor im Klassenkampf werden (wird) und dadurch den voluntaristischen Charakter ihres sozialistischen Bewußtseins überwinden" könnte.

Die Genossen bestehen auf dem „sozialistischen" Charakter ihres Bewußtseins und sagen sofort dazu, was sie n i c h t unter sozialistisch verstehen wollen, nämlich eine „Strategie, die allein, oder auch nur hauptsächlich auf die mangelnden Möglichkeiten individueller, physischer Reproduktion der Produzenten" aufbaut. (nk 44, S. 20) In der Tat wären solche Forderungen allein noch nicht als sozialistische Forderungen zu bezeichnen, da sie die Ablösung des kapitalistischen Systems und die Übernahme der Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten nicht einschließen. Der Kampf um die Verwirklichung solcher Forderungen wäre jedoch Klassenkampf, der vom P r o l e t a r i a t geführt werden müßte. Dabei ist für die Auseinandersetzung selbst und deren Ergebnis zunächst uninteressant, ob sie um „sozialistische", „vulgär-marxistische" oder „revisionistische" Forderungen geführt würde. Denn eines ist seit Marx und Engels doch klar: „Das Proletariat macht verschiedene Entwicklungsstufen durch. Sein Kampf gegen die Bourgeoisie beginnt mit seiner Existenz." (Manifest der Kommunistischen Partei) Wenn man den Kampf des Proletariats um Verbesserung seiner materiellen Existenzbedingungen schon nicht unterstützt, weil die eigene Existenz in dieser Gesellschaft gesichert scheint, wenn man als Kriterium für sozialistisches Verhalten das Errichten von Dämmen „gegen eine gewerkschaftliche Politik . . ., wie sie gegenwärtig von den Organisationen der Arbeiterklasse in der BRD betrieben wird" (a.a.O.) ansieht, verbaut man sich selbst den Weg zu einem revolutionären Kampfbündnis mit der Arbeiterklasse und wird dem Sozialismus keinen Schritt näher kommen. Das nahezu prophetisch klingende Wort: „An dem Widerspruch gegen diese Beschneidungen (Ohnmacht und Untätigkeit angesichts von Krieg, Völkermord, von Hunger und Elend in der unterentwickelt gehaltenen Welt, von sinnloser, die Existenz vergiftender Arbeit usw.) wird langfristig die Produzentenklasse ein revolutionäres Klassenbewußtsein entwickeln können und müssen", entlarvt sich als revolutionäre Phrase, wenn man einige Zeilen vorher lesen kann: „Die Interessenidentität zwischen der Arbeiterklasse und den Studenten . . . besteht dagegen nicht in dem Interesse, innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse relativ ausreichende individuelle Reproduktionsmöglichkeiten zu finden, *denn diese findet die privilegierte intellektuelle Produzentenschicht mit einiger Sicherheit.*" (Hvhb. von uns; a.a.O.) Mit anderen Worten: aufgrund ihrer privilegierten Stellung können es sich die Studenten leisten, ihre revolutionäre Gesinnung durch Protest gegen den Völkermord in Vietnam, gegen Hunger und Elend in der unterentwickelt gehaltenen Welt zum Ausdruck zu bringen. Mit so prosaischen, ja „revisionistischen" Problemen, wie die soziale Lage der Arbeiterklasse im eigenen Lande und deren Ringen um geringfügige Verbesserungen eines ist, befaßt sich ein „Revolutionär" nicht. Im Gegenteil, die Arbeiter müssen erst das Niveau des Protests der Studenten erringen, um dann auf dieser „Höhe" Klassenbewußtsein bilden zu können. Besser kann das Unverständnis dieser Genossen gegenüber der Arbeiterklasse und den Problemen ihres Kampfes nicht dokumentiert werden. Wie anders soll den Arbeitern die Notwendigkeit einer Ablösung der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse bewußt werden, wenn nicht durch die Erfahrung, daß dieses System nicht in der Lage ist, die materielle Existenz der lohnabhängigen Bevölkerung auf die Dauer zu sichern?! Es tut gut, sich bei den bärtigen A l t e n immer wieder aufs Neue zu vergewissern über die materiellen Voraussetzungen, über das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte. Dann übersieht man auch nicht die „einfache Tatsache, daß die Menschen vor allen Dingen zuerst essen, trinken, wohnen und sich kleiden müssen, ehe sie Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion usw. treiben können; daß also die Produktion der unmittelbaren materiellen Lebensmittel und damit die jedesmalige Entwicklungsstufe eines Volkes oder eines Zeitabschnitts die Grundlage bildet, aus der sich die Staatseinrichtungen, die Rechtsanschauungen, die Kunst und selbst die religiösen Vorstellungen der betreffenden Menschen entwickelt haben, und aus der sie daher auch erklärt werden müssen – nicht, wie bisher geschehen, umgekehrt." [1])

Teile der sozialistischen studentischen Opposition grenzen sich in Ideologie, Aktion und Organisationsformen bewußt von der Arbeiterklasse ab, warten verschanzt hinter der „wahren" Theorie und unermüdlichem Aktionismus den „Übergang der Arbeiterklasse zu Offensivaktionen" (S. 20) ab, damit ihre „solidarischen Aktionen" größere Relevanz und sie „selbst zu einem wichtigen Faktor im Klassenkampf werden" (S. 20). Solange jedoch mit der Arbeiterklasse nicht zu rechnen ist, brauchen sich die Intellektuellen – wie sie meinen – weder mit ihr zu verbünden, noch sich proletarisches Klassenbewußtsein anzueignen. „Die intellektuelle Produzentenschicht (Studenten) braucht sich beim Übergang in die intellektuelle Produzentenklasse nur „die Anpassung an die Produktionsverhältnisse zu erschweren" (S. 19). Die Stärke der Sozialisten lag bisher immer darin, neben der Negation uns eine Alternative zum Bestehenden zu vermitteln. Die hier angebotene Aufforderung zur bloßen Negation kann deshalb nicht als Weiterentwicklung der sozialistischen Theorie betrachtet werden. Ganz im Gegenteil! Bliebe nur noch zu erklären, wie man über das „Problem der Anpassung oder partiellen Verweigerung der Anpassung" bei der „intellektuellen Produzentenschicht . . . Ansätze von Klassenbewußtsein" erzeugen kann!

Keinem sollen Illusionen genommen, noch der Weg zu einer naiven Gegnerschaft zur Arbeiterklasse und ihren Organisationen verlegt werden. Doch wie kann der Gefahr eines „naiven Bündnisses mit den Organisationen der Arbeiterklasse" wirksam begegnet werden, wenn die Angst, naiv zu scheinen, den Genossen den Sinn für Realitäten, die Geduld für revolutionäre Kleinarbeit in einer nicht revolutionären Situation raubt?!

[1]) Engels: Das Begräbnis von K. Marx, MEW, 19, S. 335.



Ein Begriff für Studierende **FAHRSCHULE**

Köln · Roonstraße 84
Ruf 23 81 16

H E L M I N

Grundgebühr 80,– DM bis 10 Fahrstunden

45 Minuten DM 9,50

Welche Wege sollen wir gehen?

Von Dr. J. H. v. Heiseler

Für die sozialistische Studentenbewegung, die sich als Teil der Arbeiterbewegung begreift, ist es eine wichtige Aufgabe, deren Wesen, Ziele und praktische Formen zu erkennen. Aus diesem Grunde ist der vorliegende Versuch angestellt worden, zu einigen theoretischen Auffassungen, die vermittels des SDS gegenwärtig in der Bewegung eine Rolle spielen, Stellung zu beziehen. Es sind daher einige für diese Diskussion zentrale Aspekte zur Kontinuität und Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Politik, zum Verhältnis von Organisation und Spontaneität, zur Analyse der gegenwärtigen Herrschaftsformen des staatsmonopolistischen Kapitalismus und den sich daraus ergebenden taktisch-strategischen Folgerungen und zur internationalen Funktion der Arbeiterklasse herausgegriffen worden.

Die theoretische Bewegung vollzieht sich gegenwärtig sehr schnell. Einige der hier angegebenen Positionen sind von ihren Hauptvertretern, während dies geschrieben wurde, bereits fallen gelassen worden. Da es aber nicht um Personen geht, sondern um Strömungen – und als Strömungen spielen sie im Verband nach wie vor eine Rolle – glauben wir, daß die Auseinandersetzung nicht überflüssig geworden ist. Die ausdrückliche Revision, die z. B. der Genosse Dutschke an einigen seiner auf der Delegierten-Konferenz vorgetragenen Auffassungen vorgenommen hat, indem er sie in wesentlichen Punkten als falsch erkannt hat, bekräftigt die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit der antiautoritären Strömung.

Die antiautoritären Kräfte in der Bewegung stehen mit den sozialistischen Kräften in einer Front. Ebendeshalb, weil sie unsere Verbündeten sind, setzen wir uns mit ihren Positionen auseinander. Die selbstverständliche Grundlage dieser Auseinandersetzung ist die Solidarität im gemeinsamen Kampf für Sozialismus und Demokratie.

[1]) Vgl. neue kritik 41, S. 20.

Das Neue und welche Tradition?

Einen Teil des SDS umherrscht eine drängende Sehnsucht: Man will neu sein, indem man nicht traditionell ist.[1])

Nachdem die Genossen Reiche und Gäng ihre Ansicht zu dem gegenseitigen Verhältnis von Traditionellem und Neuem durch die ständige Wiederholung dieser Entgegenstellung geäußert haben, stellt sich uns nun zum ‚Neuen' folgendes Problem: Sollen wir das Neue schaffen, indem wir versuchen, die Verbindungen zur Wirklichkeit und ihrer Vergangenheit, zu ihren und unseren Traditionen, zur einen oder zur anderen Tradition abzuschneiden, oder sollen wir es tun, indem wir uns bemühen, die Wirklichkeit und die verschiedensten Traditionen der politischen Klassenkämpfe aufmerksam zu studieren? Der Versuch, diese Verbindungen abzuschneiden, kann, da sie realiter nicht abzuschneiden sind, nur heißen, daß man sich weigert, sie wahrzunehmen, daß man also blind voranschreitet. Die traditionalistische Verdrängung der Traditionen aus dem Bewußtsein verhindert ihre rationale Bewältigung, führt vielmehr dazu, daß Elemente verschiedener Traditionen als ‚Fehlleistungen' unkontrolliert zur Wirkung kommen. Unter anderem deshalb ist es nicht zufällig, daß im SDS Elemente verschiedener Traditionen der Arbeiterbewegung und Studentenbewegung miteinander und ineinander existieren.

Die Darstellung dieses Sachverhalts mit Hilfe psychoanalytischer Ausdrücke (Verdrängung aus dem Bewußtsein, Fehlleistungen, unkontrolliertes Wirksamwerden) ergibt allerdings nur eine plastische Beschreibung, ohne die Ursachen dieses sozialen Prozesses offenzulegen. (Das mag überhaupt ein Grund für die Beliebtheit solcher Termini sein.) Die grundlegende Ursache der Sehnsucht nach Neuem ist die Tatsache, daß der Kapitalismus seine historisch progressive Rolle seit einem Jahrhundert verloren hat. 1872 schreibt Friedrich Engels: Durch die „industrielle Revolution hat die Produktionskraft der menschlichen Arbeit einen solchen Höhegrad erreicht, daß die Möglichkeit gegeben ist – zum ersten Mal, solange Menschen existieren –, bei verständiger Verteilung der Arbeit unter alle, nicht nur genug für die reichliche Konsumtion aller Gesellschaftsmitglieder und für einen ausgiebigen Reservefonds hervorzubringen, sondern auch einem jeden einzelnen hinreichend Muße zu lassen, damit dasjenige, was aus der geschichtlich überkommenen Bildung – Wissenschaft, Kunst, Umgangsformen usw. – wirklich wert ist, erhalten zu werden, nicht nur erhalten, sondern aus einem Monopol der herrschenden Klasse in ein Gemeingut der ganzen Gesellschaft verwandelt und fortgebildet werde. Und hier liegt der entscheidende Punkt. Sobald die Produktionskraft der menschlichen Arbeit sich bis auf diesen Höhegrad entwickelt hat, verschwindet jeder Vorwand für den Bestand einer herrschenden Klasse. War doch der letzte Grund, womit der Klassenunterschied verteidigt wurde, stets: Es muß eine Klasse geben, die sich nicht mit der Produktion ihres täglichen Lebensunterhaltes abzuplacken hat, damit sie Zeit behält, die geistige Arbeit der Gesellschaft zu besorgen. Diesem Gerede, das bisher seine große geschichtliche Berechtigung hatte, ist durch die industrielle Revolution der letzten hundert Jahre ein für allemal die Wurzel abgeschnitten." [2])
Die Oktoberrevolution, das Überleben und die industrielle und kulturelle Revolution in der Sowjet-Union, der Aufbau des Sozialismus in einem Teil der Welt, das Entstehen eines sozialistischen Weltsystems haben die alte Ordnung in die Defensive gedrängt. Historisch ist der Kapitalismus überlebt. Aber von selbst stirbt er nicht ab, sondern reproduziert seine Widersprüche auf stetig höherer Stufenleiter. Der Widerspruch zwischen den historisch neuen emanzipatorischen Möglichkeiten und einem historisch überlebten System, das aus den befreienden Möglichkeiten nur neue Formen der Fesseln schafft, das die ungeheure Entwicklung der Produktivkräfte umschlagen läßt in die Entwicklung ungeheuerlicher Kräfte der Destruktion, dieser Widerspruch ist die tiefe Ursache der Suche nach ‚dem Neuen'. Daher befinden sich auch die Gruppierungen, die unter der ideologischen Formel der Suche nach ‚dem Neuen' auftreten, tendenziell auf Seiten der neuen Gesellschaftsordnung. Der Kapitalismus versucht zur Sicherung seines Fortbestehens diese Tendenz umzuleiten, und mit allen seinen, ihm zur Verfügung stehenden Manipulationsmitteln deutet er die bedrohliche Erkenntnis von der Überlebtheit des kapitalistischen Systems funktional um in die These von der Überlebtheit der wissenschaftlichen, marxistischen Analyse dieses Systems: Nicht die alte Ordnung soll verschwinden, sondern ihre Beschreibung. So spiegelt die begriffslose Sehnsucht nach ‚dem Neuen' letztlich, in verzerrter Form, die Überlebtheit des kapitalistischen Systems. Und die Auseinandersetzung, die innerhalb der anti-imperialistischen Bewegung um den Stellenwert des ‚Neuen' und des ‚Traditionalistischen' geführt wird, spiegelt ebenso verzerrt die historische Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus.

Die sozialistische Studentenbewegung braucht daher die theoretische Auseinandersetzung, in der erst die verschiedenen Positionen voll entwickelt und die zu Grunde liegenden Triebkräfte ins Bewußtsein gehoben werden, damit die Gesamtbewegung an Kraft im Kampfe zwischen Sozialismus und Kapitalismus gewinnt.

Bewußtseinsprozesse, die sich vollziehen, ohne daß ihre Triebkräfte dem Denkenden bewußt werden, sind keine neue und den Marxisten auch keine unerklärliche Erscheinung.[3]) Historisch neu ist seit der Herausbildung des wissenschaftlichen Sozialismus, daß die Menschen jetzt ihre eigene Geschichte in ihre eigenen Hände nehmen können, eben dadurch, daß sie die Bedingungen ihres Handelns reflektieren.[4]) Deshalb gehört zu einem sozialistischen Studentenbund die feste Verbindung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus. Für uns kann die Verbindung von Tradition und Neuem nur heißen: Durchdringung der neuen Prozesse mit

[2]) Friedrich Engels: Zur Wohnungsfrage. In: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Dietz-Verlag (diese Ausgabe wird im folgenden MEW zitiert), Bd. 18, Seite 221.

[3]) Vgl. etwa Karl Marx/Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, MEW Bd. 3, S. 167 und 46–70; Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 82; Karl Marx: Das Kapital, Bd. I, MEW Bd. 23, S. 85 ff.; Karl Marx: Das Kapital, Bd. III, MEW Bd. 25, S. 838.

[4]) Vgl. Friedrich Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. MEW Bd. 21, S. 303.

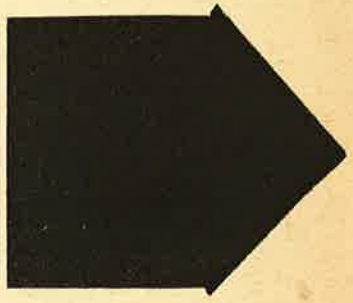
pacit

– Reihe 2

ERICH EISNER

Gegen die Bürger im Marxpelz

DIE ANTIAUTORITÄREN „LINKEN" IN DER ARBEITERBEWEGUNG



95 SEITEN / DM 3,–

HERAUSGEBER: SDS KÖLN, 5 KÖLN-SULZ, PALANTERSTRASSE 5 b

BESTELLUNGEN UBER DIESE ANSCHRIFT

INHALT

I. Die Auseinandersetzung mit den „linken" Radikalen in der Geschichte der Arbeiterbewegung
Worum geht es?
Marx und Engels und die „Linken" im Bund der Kommunisten
Proudhon, Bakunin und die Anarchosyndikalisten
Die „Linken" in der Sozialdemokratie
Rußland
Der sogenannte „linke Radikalismus" in Deutschland nach dem ersten Weltkrieg
Die ersten linken Gruppen
München
Die Leitsätze; KAPD und Arbeiter-Unionen
Der Kapp-Putsch
Die Märzaktion
Die „Linken" in der KPD
Der Anteil der „Linken" an der Niederlage der Arbeiterbewegung

II. Die Wurzel des „linken" Radikalismus – der bürgerliche Individualismus
Der ursprüngliche Anarchismus: kleinbürgerlich-individualistische Auflehnung
Ansatzpunkte des radikalen Individualismus im modernen Kapitalismus
Individuelle Freiheit und Klassenkampf
Sozialistische Intellektuelle und Individualismus

III. Die proletarische Basis anarchistischer und „linker" Tendenzen

IV. Staat, Institutionen, Bürokratie
Die Rolle der Staatsgewalt
Die Antiautoritären und die „Bürokratie"

V. Monopolkapitalismus und politischer Kampf
Welche Methoden sind revolutionär?
Staatsmonopolistische Formierung und demokratischer Kampf heute
der Staat der Monopole
Kennzeichen und Widersprüche des ökonomisch-politischen Formierungsprozesses in der BRD
Sollen die Sozialisten den demokratischen Kampf führen?
Von der Revolte zur Revolution

VI. Literaturverzeichnis

VII. Anhang
1. **Bakunin** über Marx und den Marxismus
2. **Marx** über den Anarchosyndikalismus
3. **Engels** über dezentralisierte „Zentren"
4. Die **KAPD**
5. Die **„Linken"** in der **KPD**
6. Flugblatt der „antiautoritären sozialistischen Vereinigung"
7. Flugblatt „Es lebe die Anarchie"
8. „An alle Arbeiter!" – Aufruf der **AAU (E)**
9. Flugblatt der **AAU**
10. „Assoziation freier Individuen in West-Berlin", Auszug aus der Oberbaum-Presse

Hilfe des wissenschaftlichen Sozialismus und Bereicherung des wissenschaftlichen Sozialismus durch die Durchdringung des Neuen.

Es wurde oben behauptet, daß der Versuch, die traditionellen Wege in Mißkredit zu bringen, bei uns begleitet wird von der ‚unbewußten' Wirkung verschiedener traditioneller Arten der Arbeit an neuen Problemen. Nehmen wir den Rechenschaftsbericht des BV auf der XXII. DK:

Völlig richtig und übereinstimmend mit dem, was wir oben entwickelt haben heißt es dort [6]): „Die Diskussion im SDS über die Organisierung einer hochschulunabhängigen systemoppositionellen Kraft ist in der jüngsten Zeit oft reduziert worden auf die Frage ‚für oder gegen Partei' oder auf eine ebenso schlechte Polarisierung ‚traditionelle Sozialisten' versus ‚Initiatoren einer modernen antikapitalistischen Bewegung'. Diese Reduktion, an der wir nicht ganz unschuldig sein mögen, spiegelt verzerrt eine Neuorientierung und einen Umstrukturierungsprozeß im SDS wieder." Und noch im gleichen Absatz [7]), bei der Aufzählung der ‚Randbedingungen' für die gegenwärtige sozialistische Bewegung in der BRD wird in flagrantem Widerspruch zu dieser richtigen Einschätzung unter den vier genannten Bedingungen als vierte Randbedingung aufgeführt: „... eine anhaltende Stagnation und Hilflosigkeit der Restorganisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung." Hierzu vier Randbemerkungen:

1. In dieser Formulierung wird entweder der SDS außerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung gesehen, oder die sonst – und unseres Erachtens zu Recht – emphatisch vertretene These, der SDS sei die einzige legale funktionierende sozialistische Organisation in der BRD aufgegeben.

2. Dadurch, daß die Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung als ‚Reste' bezeichnet werden, wird den Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung jede Perspektive abgesprochen oder es wird ein perspektiveloser und damit unhistorischer Standpunkt eingenommen.

3. Der Terminus ‚Restorganisationen' schließt erneut die schlechte Entgegenstellung von Traditionellem und Neuem ein.

4. Die aufgestellte These von d e r Stagnation und d e r Hilflosigkeit d e r sozialistischen Organisationen ist so schlicht falsch. So werden in diesem einen Absatz des Rechenschaftsberichts die verschiedenen, widersprüchlichen und miteinander kämpfenden Traditionen der Behandlung neuer Probleme sichtbar.

Das Modell der organisierten Verweigerungsrevolution

Die letzte DK ist sich darüber einig geworden, daß gerade deshalb, weil es dem SDS in der letzten Zeit gelungen ist, breit in die Öffentlichkeit zu wirken, „... jetzt die Leichtfertigkeit von Aktionen und die Falschheit ihrer Begründungen zu einer existentiellen Gefahr für den SDS werden würden." [1]) Daher empfiehlt es sich, einige der gängigen Begründungen, Darstellungen und Handlungsanweisungen revolutionärer Praxis einmal genauer zu betrachten.

Dutschke „Besetzt Bonn" in ‚Pardon' vom September 1967 [2]):

1. „... der Feind, gegen den täglich das ganze System mobilisiert wird, ist die reale Möglichkeit, die bestehende Ordnung abzuschaffen ..."

2. „Durch Konzessionen ... werden die Massen noch bei der Stange gehalten. Hinzu kommt, daß es dem System gelungen ist, durch langjährige funktionale Manipulation die Menschen auf die Reaktionsweise von Lurchen zu regredieren."
3. „Nur wenige, besonders die privilegierten Studenten, haben eine Chance, die subtilen Herrschaftsmechanismen zu durchschauen, an ihrer Beseitigung zu arbeiten."

4. „... durch die Vereinigung von Teilen der Lohnabhängigen in den Fabriken mit diesem (dem antiautoritären H.) Lager innerhalb der Studentenschaft könnte ... die gesellschaftliche Struktur ‚gekippt' (Albertz) werden."

[6]) S. 23.
[7]) S. 24 oben.

[1]) Rechenschaftsbericht des BV, S. 3.
[2]) S. 20.

5. „Haupthindernis ist die Tyrannei der Manipulation und ihrer Produzenten. Diese Beherrschung muß durchbrochen werden – wenn auch vorerst nur für einen oder mehrere Tage. ... Die hoffentlich ‚freiwillige' Stillegung der Springerschen Rotationsmaschinen würde einen historisch einzigartigen Modellfall abgeben."
6. „Allein solche Offensivaktionen ermöglichen es uns, weitere Minderheiten innerhalb und außerhalb der Universität gegen das System zu mobilisieren."

7. „Denn die Befreiung der Lohnabhängigen kann nur durch ihre praktisch-umwälzende Bewußtwerdung geschehen, nicht durch eine Partei, eine Bürokratie oder durch ein Parlament."

Uns verbindet mit dem Genossen Dutschke die Absicht, die subtilen Herrschaftsmechanismen zu durchschauen, an ihrer Beseitigung zu arbeiten, den fortgeschrittenen Teil der Studenten mit dem fortgeschrittenen Teil der Lohnarbeiter zu vereinigen, die Tyrannei der Manipulation zu durchbrechen, Bildungsarbeit in den Betrieben zu betreiben, gemeinsame Veranstaltungen von Industriegewerkschaften und studentischer Opposition durchzuführen, direkte Aktionen gegen die Notstandsgesetze und gegen den Springer-Konzern zu unternehmen.[3])

Was wir prinzipiell ablehnen, ist die Leichtfertigkeit, Falschheit und darum Abenteuerlichkeit der Theorie, mit der Dutschke bis vor kurzem diese und andere Aktionen begründete, mithin unterscheidet sich auch die Einschätzung des Stellenwertes, den jene Aktionen innerhalb der revolutionären Praxis haben.

ad 1.: In der Tat mobilisieren täglich die CDU/CSU (die herrschende Partei, die Partei der Herrschenden), die SPD-Minister, die Unternehmerverbände, die Staatsbürokratie, die Universitätsbürokratie, der Springer-Konzern gegen eine autonome Gewerkschaftspolitik, gegen die Notstandsopposition, gegen kommunistische Funktionäre, gegen die Bewegung zur Enteignung des Springer-Konzerns, gegen den SDS, kurz gegen die sozialistische Arbeiterbewegung und jede andere tendenziell antiimperialistisch-demokratische Opposition. Bei Dutschke wird dieser konkrete Kampf der Klassen mit seiner ganzen verwickelten Vielfalt auf der allgemeinen theoretischen Ebene nicht zur Kenntnis genommen; auf dieser Ebene sind bei Dutschke die miteinander kämpfenden Kräfte einerseits ein Unbekanntes, das täglich das ganze System mobilisiert, andererseits die „reale Möglichkeit, die bestehende Ordnung abzuschaffen".

ad 2.: Hier wird der ganze Prozeß der Niederhaltung einer Klasse durch die andere mittels politischer, ökonomischer, militärischer, ideologischer Herrschaft unzulässig auf ‚Konzessionen' und ‚Manipulation' reduziert. Die degradierende Wirkung der Manipulationsapparate verstellt Dutschke vollends den Blick dafür, daß die Apparate im Auftrag der herrschenden Klasse betätigt werden, und den Blick auf die gegenwärtigen Lernprozesse der Massen. Deshalb erscheinen auf der einen Seite nur der übermächtige Apparat und auf der anderen Seite die Massen nur als Lurche und ‚Pawlowsche Hunde'. Hierzu muß mit allem Nachdruck festgestellt werden: Es gibt nicht nur eine Lähmung und Verkrüppelung der Massen durch die Manipulationsmittel der herrschenden Klasse, es gibt auch eine Lähmung und Verkrüppelung durch diejenigen, die den Massen ständig nur wiederholen, daß sie degradiert seien. Hierdurch geschieht nichts anderes, als im Gewande revolutionärer Phrasen die Geschäfte der bürgerlichen massenfeindlichen Ideologie zu besorgen, und damit erfüllt man die Rolle, die bisher alle bürgerlichen Varianten innerhalb der Arbeiterbewegung spielten.

ad 3.: Wen wundert es nun noch, daß in diesem Revolutionsmodell „n u r w e n i g e" eine Chance haben, die Herrschaftsmechanismen zu durchschauen und an ihrer Beseitigung zu arbeiten? Und als habe er noch nie von der elementaren Unterscheidung zwischen reaktionären und progressiven **Studenten gehört, dichtet** er d e n Studenten das Privileg zur Revolution an. Die Mär vom studentischen Privileg auf Revolution, die nach Erhöhung des tatsächlich revolutionären Teils der Studentenschaft klingt, ist in Wahrheit eine Herabsetzung, bedeutet die endlose Isolierung der Studenten durch den Kult der Isolation und durch die völlig falsche Angabe des Platzes revolutionärer Studenten innerhalb der Arbeiterbewegung.

[3]) So in Pardon, a.a.O.

ad 4.: Sobald Dutschke von seiner Theorie zur wirklichen Studentenbewegung ‚herabsteigt', ist er gezwungen, teils im Widerspruch zu seiner Theorie, teils im Widerspruch zur tatsächlichen Bewegung zu formulieren. In der Theorie stellt er sich die Massen nur als Pawlowsche Hunde vor und die Studenten als das revolutionäre Subjekt[4]), während er nun Lohnabhängige für die Befreiung der Massen gewinnen will und die Studentenschaft in eine breite Minderheit des ‚antiautoritären Lagers' und einen anderen Teil differenziert. Im Widerspruch zu den tatsächlichen Ansätzen des Zusammengehens wird das ‚antiautoritäre Lager' (Studenten) den Lohnabhängigen gegenübergestellt, womit ganz nebenbei die Arbeiterklasse zur Hilfstruppe der ‚antiautoritären' Studenten avanciert.

ad 5.: Die Tyrannei der bürgerlichen Ideologie muß in der Tat gebrochen werden und nicht nur für einen und mehrere Tage und nicht nur die Tyrannei der Manipulation und ihrer Produzenten. Die idealistische Beschränktheit der Analyse der Herrschaft auf die Analyse der Beherrschung des Bewußtseins ist nichts Neues[5]) und ist durch ihre Wiederaufnahme nicht richtiger geworden. Bleiben wir jedoch im Bereich des Bewußtseins, so kann Durchbrechen der Herrschaft des bürgerlichen Bewußtseins doch nur heißen: Kampf für die Herrschaft eines neuen Bewußtseins. Dutschke will das bewerkstelligen, indem er die Ideologie der Großen Verweigerung[6]) verbreitet. (So in ‚Pardon', September-Nummer 1967; ‚konkret', 8 und 9/1967; ‚Spiegel', 29/1967; ARD-Fernsehen, 1. Programm, 10. 8. 1967; Einleitung zu ‚Guevara: Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam!', Oberbaumpresse, Westberlin 1967; Einleitung zu ‚Black Power', Oberbaumpresse, Westberlin 1967 und im ‚Oberbaumblatt'). Wir meinen dagegen, daß die Emanzipation der Massen wesentlich mit der Verbreitung des sozialistischen Bewußtseins verbunden ist. Dann werden die Massen auch sehr schnell lernen, daß ihnen die herrschende Klasse allerlei Haupthindernisse in den Weg gelegt hat, und keinesfalls nur Rotationsmaschinen. Die bisher historisch einzigartigen Modellfälle der endgültigen Stillegung der bürgerlichen Presse wie 1917 in Rußland, 1924 in der Mongolei und später in vielen anderen Ländern, zuletzt in Kuba und, was wir leicht vergessen, woran sich aber unsere Gegner zuerst erinnern, in der DDR, waren denn auch alle Momente einer mit dem wissenschaftlichen Sozialismus verbundenen umwälzenden Praxis.

ad 6.: Jedem, der aktiv im SDS arbeitet, ist aufgefallen, daß man zu bestimmten Zeiten durch richtig angelegte Offensivaktionen weitere Minderheiten mobilisieren kann. Aber jedem fällt auch auf, daß der SDS mit einer Vielfalt von Mitteln und Aktionen mobilisieren kann und effektiv mobilisiert. Was soll da die falsche Behauptung, daß allein solche Offensivaktionen mobilisierend wirken? Völlig falsch aber ist, wenn Dutschke im gleichen Zusammenhang sagt: „Diskutierende Kongresse und konzessionierte Demonstrationen in politisch-strategisch unwichtigen Städten bringen uns keinen Schritt weiter." Das ist eine direkte Aktion zur Abwertung der Erfolge, die der SDS mit Hilfe von Kongressen erzielt hat, zur Abwertung des Gebrauchs der Konzessionen, die uns die Herrschenden machen müssen, zur Abwertung der Städte und Dörfer, die Dutschke für politisch-strategisch unwichtig hält. Allgemein müssen wir hierzu sagen: Für jeden Sozialisten ist es unerläßlich, sich nicht auf ‚einzige Kampfmittel' festlegen zu lassen.

ad 7.: An diesem Satz fällt auf, daß der Vordersatz, die positive Bestimmung der Befreiung durch „praktisch-umwälzende Bewußtwerdung" sehr neblig ist, während der folgende Satzteil, die negative Bestimmung der Befreiung, die „nicht durch eine Partei, eine Bürokratie oder durch ein Parlament" geschehen könne, wenigstens in einem Punkt deutlich ist: Den Lohnabhängigen soll gesagt werden, daß ihre Befreiung nicht durch eine Partei geschehen kann. Allgemein ist für Dutschke in der Parteifrage kennzeichnend, daß er ständig das Wort führt gegen eine sozialistische Partei der Arbeiterklasse. So heißt es in seiner „Antwort an Augstein"[7]): „Wenn sich viele Menschen in

---

[4]) Nach anderen Äußerungen von Dutschke verschwindet das revolutionäre Subjekt allerdings völlig aus der Geschichte.

[5]) Vgl. Die Linkshegelianer von Bruno Bauer bis Herbert Marcuse.

[6]) Ähnlich Hervé zu Beginn dieses Jahrhunderts. Man vergleiche auch den „Staatsbürgerstreik" von 1907 in Südfrankreich und seine Erfolge.

[7]) konkret 9/1967, S. 54.

den etablierten Parteien nicht mehr vertreten fühlen ... warum muß dann gerade eine neue Partei mit einem Parteiprogramm die Antwort sein? Wo doch nur wenig soziologische Sachkenntnis dazu gehört, zu begreifen, daß eine neue Partei nur die Reproduktion der alten Widersprüche: Apparat versus Selbsttätigkeit von unten, mit sich brächte?" Dazu gehört allerdings wenig soziologische Sachkenntnis. Mit nur etwas mehr Sachkenntnis muß man sich vielmehr fragen: Warum alle Kämpfe der Klassen in Parteienkämpfen ihren höchsten Ausdruck finden? Warum die Selbsttätigkeit der Massen zu organisierten Kämpfen, bis hin zu Parteienkämpfen drängt? Dutschke übernimmt den – bei Augstein vielleicht verständlichen – bürgerlichen Parteibegriff, dem zufolge die Partei nur als Apparat versus Selbsttätigkeit von unten, als Mittel der Integration in das System der ‚Interessendemokratie' vorgestellt werden kann.

In dem Artikel in „Pardon" bleibt, so hatten wir gesagt, die positive Bestimmung des Ziels im Nebel. In der „Antwort an Augstein" löst sich der Nebel auf: Als Gegenentwurf zu dem Widerspruch zwischen Apparat versus Selbsttätigkeit von unten will er „ein System" (man höre: ein System!) „dezentralisierter Aktionszentren"; und auch die „praktisch-umwälzende Bewußtwerdung" wird verdeutlicht: es handelt sich um die „politisch-menschliche Bewußtwerdung". Dem entspricht, daß nach Dutschke sich jeder einzelne objektiv notwendig entscheiden muß. Wofür? „Für oder gegen die bestehende Gesellschaftsordnung."[8]) Augstein, auf den, wie Dutschke schreibt, „wir besonders hoffen", steht vorläufig noch vor einer anderen Entscheidung: Der Aufforderung am Schluß des Artikels, auf „unsere Kontonummer: Bank für Handel und Industrie: Konto-Nr. 674037, Rabehl Petermann" Geld zu überweisen, nachzukommen oder nicht.[9]) Genosse Petermann ist der Redakteur des „Oberbaumblatts", Autoren waren der Genosse Rabehl, die Kommune I, die Kommune II und auch ein RS, dessen Artikel „Zum Verhältnis von Organisation und Emanzipationsbewegung" im „Oberbaumblatt" Nr. 5 vom Mittwoch, dem 12. Juli 1967[10]) die ausführlichste Variante der Theorie der Verweigerungsrevolution vorführt und in so langen Stücken mit der Einleitung von Rudi Dutschke und Gaston Salvatore zu ‚Guevara: Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam!'[11]) identisch ist, daß der Verdacht nahe liegt, daß entweder Gaston Salvatore und Rudi Dutschke mit RS identisch sind oder umgekehrt.

Im Oberbaumblatt[12]) heißt es: „Ausgangspunkt dieser Überlegungen ist, daß die ‚politische Machtergreifung' einer Gruppe, Clique oder auch spezifischen Klasse für die gegenwärtige Phase der gesellschaftlichen Entwicklung keine Möglichkeit mehr ist"[13]). In normaler Prosa: Die politische Machtergreifung ist unmöglich. Weiter: „Der Prozeß der organisierten Verweigerungs-Revolution ist ein für die Menschen sichtbarer und von ihnen verursachter tendenzieller Zusammenbruch der etablierten Apparate."[14]) Wohlgemerkt, ein Zusammenbruch als Tendenz. Der „tendenzielle Zusammenbruch" ist die halbe politische Machtergreifung (wessen?), ist die Errichtung der Doppelherrschaft.[15]) Diese Zwischenphase endet mit einem nicht auszudenkenden Ereignis: „Nicht auszudenken, was eine organisierte Weigerung politisierter Hausfrauen, die überdimensionalen Mieten zu bezahlen, für den staatlich-gesellschaftlichen Apparat bedeutete. Es (die organisierte Weigerung H.) wäre (------ H.) die vergesellschaftende Expropriation der Expropriateure."

Hier hätte Dutschke mit Recht sagen können, was er zur Stillegung der Springerschen Rotationsmaschinen zu Unrecht sagte: Die Expropriation der Expropriateure vermittels Nichtzahlung der Mieten durch politisierte Hausfrauen wäre in der Tat ein ‚historisch einzigartiger Modellfall'.[16])

---

[8]) ebenda, S. 55.

[9]) Da es nach Dutschke „die Spätliberalen (auszeichnet) sich nicht entscheiden zu können", wird die Entscheidung so ausfallen: Für Überweisung oder gegen Überweisung.

[10]) Fälschlich im Original: 12. Juni.

[11]) Oberbaumpresse, Westberlin 1967.

[12]) S. 6.

[13]) In der Einleitung zu Guevara, S. 5, endet dieser Satz mit „... zu sein scheint."

[14]) Identisch mit der Einleitung zu Guevara, S. 5.

[15]) S. 6.

[16]) In der theoretischen Diskussion allerdings nicht so einzigartig: vgl. Engels zu Proudhon, in: Zur Wohnungsfrage MEW 18, BW 1964, S. 224.

Nach diesem Grundriß der Theorie der Revolution gehen wir über zum Aufbau der neuen Gesellschaft. „Mit dem prozessualen Zusammenbruch des etablierten Systems von Institutionen muß in dialektischer Parallelität der Aufbau neuer, menschlicherer Selbstorganisationen einhergehen, und zwar in allen Bereichen." [17] In allen Bereichen? Auch im Staat, auch in der Armee, auch in den Parteien? Weiter: „Die Organisationsfrage ist die Grundfrage der Revolution: Was sind die Formen glücklicheren, herrschaftsloseren Zusammenlebens der Menschen?" Da haben wir zunächst eine

– „Gegenuniversität innerhalb der bestehenden Uni", sodann – „viele kleine – sechs bis zehn Antiautoritäre umfassende – Institutsassoziationen", danach

– „kostenlose oder sehr billige juristische, medizinische, pädagogische oder sexualaufklärende Beratungsstellen",

– „Preis- und Mietüberwachungskomitees..." in Wechselwirkung mit der politischen Arbeit der Institutsassoziationen",

– „Mieter- und Konsumentenstreiks",

– „Haus- und Straßenkomitees gegen die Anmaßungen und Übergriffe von Exekutive und Verwaltung"; sodann wäre auch die „Politisierung der Betriebe leichter vorstellbar. Die Arbeiter hätten vor dem Streik keine Angst mehr..."

Derartige Formen der organisierten Verweigerungsrevolution „schaffen die Voraussetzung für eine qualitativ neue, humanere Gesellschaft: den bewußtgewordenen, reichen Menschen...", kurz die „Assoziation freier Individuen in Westberlin" oder der Große Sprung in den Kommunismus.

Wie bei Grimms Märchen heißt es hier am Ende: „Parlament, Parteien und Exekutive werden unter diesen Bedingungen ihre Ferien für permanent erklären müssen. ... Wir erwarten, daß sie (die Alliierten) einige Sondermaschinen für den Abtransport der funktionslosen Politiker und Bürokraten nach Bonn zur Verfügung stellen werden."

Direktes Diktat der Monopole und direkte Demokratie

An dem dargestellten Modell der organisierten Verweigerungsrevolution fällt die Abwesenheit eines Kernstücks sozialistischer Politik, der politisch-ökonomischen Analyse auf. Daher sollen einige Ergebnisse bereits vorliegender Analysen und die sich aus ihnen ergebenden strategisch-taktischen Folgerungen vorgetragen werden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sah die Lage für die Arbeiterbewegung auch in den Westzonen zunächst hoffnungsvoll aus. Die durch die Zerstörungen des Krieges entstandene Zwangslage schien ein nichtkapitalistisches planwirtschaftliches Konzept zu verlangen, der Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus schien breiten politischen Kreisen, bis hinein in die Reihen der frühen bürgerlichen Parteien, bewußt, die Arbeiter hatten die Leitung größter Montanbetriebe des Ruhrgebiets, deren Eigentümer und Direktoren als Kriegsverbrecher inhaftiert waren, übernommen, eine überwältigende Mehrheit für die Sozialisierung zeigte sich in der hessischen Volksabstimmung.

Die geschwächten Kräfte des deutschen Kapitalismus, bemüht, die sich abzeichnende geschichtliche Tendenz aufzuhalten, waren dazu allein nicht in der Lage. Äußere Faktoren trugen zur Restauration des Kapitalismus in den Westzonen entscheidend bei. „Die langfristigen Interessen des US-Kapitals verlangten die Errichtung einer globalen Front gegen die reale Alternative der sozialistischen Länder, da nur auf diese Weise die Bedingungen kapitalistischer Reproduktion auch in den USA aufrechterhalten werden konnten." [1] Allerdings ist fraglich, ob ohne das Zusammenspiel mit jenen Kräften in der Sozialdemokratie, bei denen wir das typische Beieinander von revolutionärer Phrase ('Sozialismus als Tagesaufgabe') und objektiv rechter Politik beachten konnten, die Restauration so glatt gelungen wäre.

[17] Zur „Selbstorganisation" vgl. W. I. Lenin: Intelligenzlerische Kämpen gegen die Herrschaft der Intelligenz, 30. 3. 1907. In: Werke 12, S. 311.

[1] Elmar Altvater: Perspektiven jenseits des Wirtschaftswunders: Stabilisierte Wirtschaft – Formierte Gesellschaft, in: neue kritik 38/39, S. 12 ff. und neue kritik 40, S. 13 ff. Hier: nk 38/39, S. 13.

Wichtigste Schritte auf dem Wege zur Verhinderug der Sozialisierung und der Wiederherstellung der Macht des Kapitals in den Westzonen waren die mit politischen Auflagen verknüpfte Gewährung der Marshall-Plan-Gelder in Höhe von 1.5 Milliarden Dollar, die die Kriegslasten einseitig zugunsten der Kapitaleigentümer auf die Geldbesitzer, d. h. die Lohn- und Gehaltsempfänger verteilende Währungsreform, die Verabschiedung des scheinbar sozial neutralen und eben dadurch zugunsten der von den westlichen Alliierten gestützten Vertreter der Restauration wirkenden Grundgesetzes. Die ‚Freisetzung der privaten Unternehmerinitiative in der freien Marktwirtschaft', also die ungehinderte Entfaltung der kapitalistischen Interessen wurde stimuliert durch die Aufhebung des Preisstopps bei vorläufig beibehaltenem Lohnstopp und durch die sich mit dem Korea-Krieg für die westdeutsche Wirtschaft eröffnenden Exportchancen. Das vorhandene Arbeitskräftepotential mit der – nicht durch den Krieg zerstörbaren – Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte ersparte lange Zeit Infrastrukturinvestitionen im Bildungssektor und stellte eine entscheidende Bedingung für das langandauernde, rasche Wachstum des produktiven Kapitals in der aus den Westzonen entstandenen Bundesrepublik dar, eine Bedingung, die durch den Zustrom – zum großen Teil qualifizierter – Arbeitskräfte aus der aus der Ostzone entstandenen DDR bis zum 13. August 1961 verlängert wurde.[2] Die Folge der hohen durchschnittlichen Wachstumsraten, die bei rascher Kapitalakkumulation sich ebenfalls, wenn auch nicht im gleichen Tempo erhöhenden Reallöhne, d. h. der steigende Lebensstandard der Massen, erlaubte, daß die andere entscheidende Bedingung ihre Wirkung voll entfalten konnte, der, wie Altvater es genannt hat, ‚Antikommunismus als Produktivkraft', als Mittel der Disziplinierung der Arbeiterklasse. Ideologische Herrschaftsmittel konnten also unter den besonderen Bedingungen der Rekonstruktionsperiode des Kapitalismus in der BRD eine außergewöhnliche Bedeutung erlangen: Der Zusammenhang von rascher Akkumulation, starker Konzentration und Zentralisation des Kapitals und raschem Steigen der reellen – bei Absinken der relativen – Arbeitslöhne gab die materielle Grundlage für die Effektivität des blendend arbeitenden Manipulationsapparats.

Aber mehr als das: Der ‚Antikommunismus als Produktivkraft' gewann in dieser Phase materielle Gestalt. Oder anders: Schon in der Periode der Rekonstruktion des Kapitalismus bereitete sich die herrschende Klasse auf das Ende der Rekonstruktionsperiode vor, indem sie die ökonomische Herrschaft in politische umsetzte, um sie auf Dauer zu sichern. 1951 wurden durch das Mitbestimmungsgesetz von den Arbeitern in Teilen der Montanindustrie schon errungene Positionen abgebaut, das im gleichen Jahr verabschiedete Erste Strafrechtsänderungsgesetz schuf die Möglichkeit, den Angriff auf oppositionelle Organisationen und Personen mit Mitteln der politischen Justiz zu eröffnen, es begann die Diffamierung des politischen Streiks. Das 1952 verabschiedete Betriebsverfassungsgesetz verschlechterte die Stellung der Betriebsräte in der übrigen Industrie selbst gegenüber dem Betriebsrätegesetz von 1920. Mit der Ratifizierung des Generalvertrags und der EVG 1953 und des an die Stelle des EVG-Vertrags getretenen NATO-Vertrags 1954 begann die militärische Westintegration und die Wiederaufrüstung. 1956 folgten das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands, die Wehrgesetze, die die Grundlage für den Aufbau der Bundeswehr darstellten, und die mit den Wehrgesetzen verbundenen Verfassungsänderungen. 1958 war das Jahr des Verbots der Volksbefragung durch das Bundesverfassungsgericht, des Beginns des systematischen Aufbaus der Industrie-Privatarmeen unter verschiedenen Decknamen (Werkschutz, Feuerwehr etc.) und des Beginns der systematischen Vorbereitung der Notstandsgesetze.[3] In diese Reihe gehört auch der Godesberger Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1959, mit dem eine weitere Etappe der Integration dieser Partei in das Herrschaftssystem bezeichnet ist, der Parteitag, dessen unmittelbare Folge die von der SPD inszenierte Spaltung des SDS 1960 war, eine, wie es im Rechen-

[2] Die Anzahl der ‚abhängig Erwerbstätigen' stieg von 14,16 Millionen im Jahre 1950 über 15,8 Millionen 1955 auf 21,7 Millionen 1962. Im gleichen Zeitraum verminderte sich die Zahl der ‚Selbständigen' um etwa 2,5 bis 3 Millionen und es strömten etwa 3 Millionen Umsiedler und Flüchtlinge als Arbeitskräfte in das Gebiet der BRD.

[3] Diese haben unter anderem die Aufgabe, diese Privatarmeen als ‚Betriebsselbstschutz' zu legalisieren.

schaftsbericht des BV[4]) heißt, „verdeckte Form der Illegalisierung des SDS." 1962 erfolgte die Polizeiaktion gegen den teilweise oppositionellen „Spiegel".

Spätestens mit der gegenwärtigen Krise zum Ende des 1964 einsetzenden Zyklus hat sich nachträglich deutlich bemerkbar gemacht, daß die gesamte Rekonstruktionsperiode der BRD zu Ende gegangen war. Die gegenwärtige Krise ist nicht nur Konjunktur-, sondern zugleich Wachstumskrise. Waren in der Periode der Rekonstruktion die durchschnittlichen Wachstumsraten so hoch, daß sie selbst in den Zeiten der konjunkturellen Krisen – wenn auch erheblich geringer, so doch immer noch – positiv waren, so sanken sie erstmals mit dem Ende dieses Zyklus teilweise unter Null. Und für geraume Zeit werden die durchschnittlichen Wachstumsraten nicht viel größer werden können und in keinem Falle das Ausmaß der fünfziger Jahre wieder erreichen. Das heißt: Die Rezessionsphasen werden für lange Zeit immer wieder absolut rückläufiges Wachstum bedeuten. Das wirtschaftliche Wachstum ist an Grenzen gestoßen, die in eben den Momenten begründet liegen, die vorher das sogenannte Wirtschaftswunder ermöglichten: Die Infrastrukturinvestitionen, auf die man bisher zugunsten der unbeschränkten Entfaltung der kapitalistischen Profit- und Herrschaftsinteressen verzichten konnte, werden jetzt fällig. Die im kapitalistischen System konsequente Abwälzung der Lasten auf die arbeitende Klasse durch eine Erhöhung der Mehrwertrate wird, das ist schon jetzt deutlich, den Schleier der ‚Sozialpartnerschaft' zerreißen.

Um der Organisierung und Verbreiterung der Opposition, deren Chancen in der konsequenten Vertretung der Interessen der arbeitenden Klasse liegen, zuvorzukommen, hat die herrschende Klasse frühzeitig den Übergang von der ‚pluralistischen' zur ‚Formierten Gesellschaft' praktisch angekündigt. Die kapitalistische Strukturplanung der Hochschulen, die sich in den Wissenschaftsrats-Empfehlungen und in den konkreten Schritten zu einer Formierten Universität ausdrückt, die einfachen Notstandsgesetze als Grenzabsicherung des Formierungsprozesses, die Verklammerung der beiden Parteien in der Großen Koalition, die beabsichtigte Sicherung der Lohndisziplin durch die Konzertierte Aktion, der mit dem Stabilisierungsgesetz geschaffene Ansatz für eine kapitalistische Globalsteuerung, das geplante Parteienreformgesetz, das geplante Finanzreformgesetz und schließlich das Mittel zu terroristisch zu erzwingender Steigerung der Ausbeutungsrate: das geplante Zivildienst- bzw. Arbeitssicherstellungsgesetz sind wesentliche Momente in diesem Übergang.

In diesen Zusammenhang gehört auch der massive Angriff auf die oppositionellen Studenten und deren konsequentesten Vertreter, den Sozialistischen Deutschen Studentenbund.

In der Tat vollzog sich also nach 1945 in der BRD die erweiterte Reproduktion der Phase des Kapitalismus, die durch die Herrschaft des kapitalistischen Monopols, des Finanzkapitals, durch die Verschmelzung von Staat und Monopol und durch die materielle Heranführung an die sozialistische Revolution gekennzeichnet ist. Die Politik in dieser Phase ist wesentlich der Kampf zur Errichtung des absoluten politischen Diktats der Monopole – ihrer absoluten ökonomischen Herrschaft folgend – auf der einen Seite und der Kampf zur Brechung dieses absoluten politischen Diktats – dem die Beseitigung der ökonomischen Herrschaft der Monopole folgen muß – auf der anderen Seite. Aus den sozioökonomischen und politischen Grundbeziehungen, wie sie mit dem staatsmonopolistischen System in der BRD gegeben sind, ergibt sich also klar die strategisch-taktische Grundkonzeption. Zugleich ist damit das für unsere Bedingungen typische Verhältnis zwischen sozialistischer Politik und anti-imperialistischer Bewegung angegeben.

Hieraus folgt aber auch, daß unter diesen objektiven Bedingungen keine Rede davon sein kann, sofort in die ‚direkte Demokratie', in die ‚Assoziation freier Individuen' springen zu können. So revolutionär das klingt, politisch heißt das eben, zu kurz zu springen. So ist es nicht zufällig, daß für jenes Revolutionsmodell als soziale Basis nur ‚Randgruppen' (Studenten, weitere Jugendliche, Hausfrauen u. a. m.) angegeben werden können. Welche Armseligkeit gegenüber der tatsächlichen potentiellen Basis des Kampfes! Aus unserem, die objektiven Klassenverhältnisse wiedergebenden Konzept ergibt sich nämlich, daß alle Klassen und Schichten außerhalb des Monopolkapitals, deren Interesse in dieser oder jener Form durch die Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitals unterdrückt werden, in dieser oder jener Form Potenzen für eine anti-imperialistisch-demokratische Politik frei setzen. Und gerade die höchst komplizierte Organisierung dieser Front im Kampf für Forderungen, die, erkämpft, diese Ordnung sprengen, ist in unserem Lande wesentlich sozialistische Politik. Für diejenige objektiv anti-imperialistische Strömung, die im Konzept der organisierten Verweigerungsrevolution ihren ideologischen Ausdruck findet, ist gerade typisch, daß sie von jenen tendenziell anti-imperialistischen Schichten getragen wird, die ihrer objektiven sozialen Natur nach noch kaum mit der sozialistischen Alternative verbunden sind. Daß diese Richtung ihre Verweigerung des Imperialismus ideologisch mit dem Kommunismus (Assoziation freier Individuen) drapiert und andererseits diesen für die große Verweigerung hält, ist wiederum nicht zufällig. Die Wahl dieser ideologischer Fassade deutet – wenn auch in falscher Weise – darauf hin, daß die sozialistische Arbeiterbewegung wesentlicher Träger der anti-imperialistisch-demokratischen Bewegung ist, und daß nur sie dieser Stoßkraft und Richtung zu geben vermag. (wird fortgesetzt)

[4]) S. 2.

Isolation und Terror: 2 Taktiken der herrschenden Klasse und Möglichkeiten der Gegenwehr

(SDS und Verfassungsschutz)

Von Herbert Lederer

„Ja, sie gehören zusammen, die Unterdrücker und ihre Mouchards[1]). Beide gedeihen auf demselben Boden, beide sind Symptome einer untergehenden Welt, die sich nur durch brutale Gewaltherrschaft am Leben erhalten kann und daher zur Kultivierung dieses Systems greifen muß." (Eugen Ernst, Vorsitzender der Berliner SPD, 1911)[2])

Die herrschende Klasse in der bürgerlichen Gesellschaft war und ist nicht wählerisch in den Mitteln, mit denen sie gegen die Arbeiterschaft und ihre Verbündeten kämpft. Das Wort von Karl Marx, daß der Kapitalismus vor keinem Gewaltakt zurückschreckt, wenn es um den Profit geht, gilt überall da, wo vorwärtsdrängende Kräfte seinen historisch überfälligen Auftritt auf der Bühne „Weltgeschichte" beenden wollen. Doch nicht von seinen Massakern in Südamerika, Indonesien, Südkorea, Südafrika soll heute die Rede sein, auch nicht von KPD-Verbot, politischer Strafjustiz und Notstandsgesetzen. Gegenstand ist die fortwährende Bespitzelung und Verfolgung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) durch eine Organisation, deren Praxis den Büchner-Preisträger Hans-Magnus Enzensberger über die Berechtigung des selbst gegebenen Namens nachdenken läßt: „In jener Sprache heißt ... Verfassungsbruch : Verfassungsschutz."[3])

SDS-Namenskartei in München und West-Berlin beschlagnahmt – Politische Polizei bricht in die Wohnung der SDS-Landesvorsitzenden von NRW ein – Brief des Rechtsanwalts Hannover, Vertreter des SDS im Prozeß um die Bundesjugendplanmittel dauert einige Wochen – Ver-

[1]) Mouchard-Polizeispitzel.
[2]) zit. nach „SPITZEL – Aus dem Sumpf der politischen Polizei" Internationale Verlagsanstalten 1962, S. 59.

[3]) Deutschland, Deutschland unter anderem, S. 19, ed. suhrkamp, Bd. 203.

fassungsschutz versucht Spitzel zu werben, die Mitglied im SDS werden sollten. Nicht zufällig häufen sich diese Überschriften in den letzten Monaten. Die erste, jahrelang ausgeübte Taktik der herrschenden Klasse in der Bekämpfung sozialistischer Opposition, das Diffamieren, das Totschweigen, alles mit dem Ziel, schon allein dadurch zu isolieren, funktioniert nicht mehr. Sie ist unangemessen der Aktivität des SDS und hilflos gegenüber dem Auflösungsprozeß des Antikommunismus in seiner irrationalsten Form.

Das nach dem Bruch mit der SPD erzwungene Dasein einer wissenschaftlich arbeitenden isolierten Gruppe, die weitgehend in ihrem politischen Bewußtsein, in ihren opportunistischen Abgrenzungen noch an der SPD orientiert war, die von Erfolg sprach, wenn 50 Studenten plus 2/3. politische Polizisten an ihren Großveranstaltungen teilnahmen, hatte der SDS in den letzten Jahren überwunden. Durch seine marxistische Theorie und seine Praxis wurde er trotz Geldentzugs und Diffamierung mitgliederstärkster politischer Studentenverband. Was noch wichtiger war, es gelang ihm, an den Universitäten eine Art Massenbasis zu erhalten, selbstverständlich nicht für alle Forderungen, sondern vor allem für seine hochschulpolitische Konzeption [4]), für den Kampf gegen die amerikanische Aggression in Vietnam und gegen die Notstandsgesetze. Die vorläufigen Höhepunkte dieser Entwicklung fielen in den Universitätsstädten verschieden aus. Nicht nur subjektive Mängel in der Aktivität und Organisation, sondern auch objektive Bedingungen (Konfliktpunkte) waren dafür entscheidend. Weiter gelang es, über die studentische Basis hinaus teilweise das zu erreichen, was jahrelang erstrebt worden war: (vor allem lokaler) Kontakt und Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeiterbewegung. Entscheidend dafür war die Kooperation in der außerparlamentarischen Opposition, die dadurch wiederum eine stärkere neue Qualität erhielt.

Was tun? Diese Leninsche Frage stellten sich aufgrund der neuen Situation Innenminister Lücke und seine Untergebenen im Verfassungsschutzamt. Viel Zeit zum Überlegen hatten sie nicht. Schon meldeten sich die ungeduldigen Stimmen ihrer Auftraggeber.

In der 89. Sitzung der 5. Wahlperiode wurden folgende Fragen im Bundestag an das Innenministerium gestellt: „Ist die Bundesregierung den Pressemeldungen nachgegangen, wonach Mitglieder des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes bei einer Veranstaltung des Ringes Christlich Demokratischer Studenten an der FU Berlin den südvietnamesischen Botschafter in Bonn, Herrn Nguyn Qui Ahn mit deutlich antiamerikanischem Akzent niedergeschrien haben? Wie beurteilt die Bundesregierung den ... Vorfall unter dem Gesichtspunkt der Bekämpfung kommunistischer Infiltration? Ist der Bundesregierung bekannt, wie stark der kommunistische Einschlag im Sozialistischen Studentenbund ist?" Wer schwang sich hier zum Verteidiger Johnsons und dessen südvietnamesischen diplomatischen Vertreters auf? Was für ein „Demokrat" versuchte mit diesen Fragen, den Innenminister in seiner antikommunistsichen Aktivität und Verfolgung noch weiter anzutreiben? Der Name des Möchte-Gern McCarthy: Dr. Wolfgang Pohle. Seine Funktionen: CSU-MdB und Vorsitzender des Arbeitskreises Finanzpolitik der CDU/CSU-Fraktion, stellvertretendes Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages, Vorsitzender des Gemischten Ausschusses des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) über Eigentumsfragen, Vorsitzender des Rechtsausschusses des BDI, Vorstandsmitglied des Verbandes metallindustrieller Arbeitgeberverbände von Nordrhein-Westfalen, Vorsitzender der Ständigen Kommission für Deutsch-Spanische(!) Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Geschäftsführer und persönlich haftender Gesellschafter der Friedrich Flick KG, bis 1939 Geschäftsführer in Spitzenorganisationen der Bergbauindustrie, seit 1940 Direktor, später Vorstandsmitglied bei Mannesmann, 1947/48 Verteidiger Flicks im Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozeß.

Jeder Posten verrät seine Gesinnung, d. h. die Interessen, die er vertritt: der personifizierte staatsmonopolistische Kapitalismus, Franco-Freund – Gewerkschafts-Feind, Repräsentant der gesellschaftlichen Machtelite, deren Zusammenarbeit mit dem Faschismus schon einmal die bürgerliche Demokratie liquidiert hat, um Profit zu retten und ihn durch Expansion, durch Krieg gegen die Nachbarländer noch zu erhöhen [5]), „Rechts"-Experte der Verbände, die schon Anfang der 50er Jahre in Kommissionen detaillierte Notstandsplanung vorgenommen und direkt, bzw. durch ihre Lobby zur konstituven Grundlagen weiterer Innenministervorschläge gemacht hatten.[6])

Staatssekretär Ernst, getreuer Diener der Herren, die durch Dr. Pohle die Fragen hatten stellen lassen: „Der Bundesregierung ist bekannt, daß im Sozialistischen Deutschen Studentenbund prokommunistische Kräfte in letzter Zeit stark an Einfluß gewonnen haben. Mein Herr Minister hat Auftrag gegeben, daß darüber ein detaillierter Bericht vorgelegt wird." Am 13. 6. 1967 war es soweit. Die Bundesregierung erklärte, nachdem das Untersuchungsergebnis von Bundesinnenminister Lücke an seinen sozialdemokratischen Kabinettskollegen Willy Brandt weitergegeben worden war, der SDS sei verbotsreif. Abgesehen von klassischen Verschwörungsmärchen über den SDS und seine angeblichen Verbindungen mit Ost-Berlin, einem Kondolenzschreiben zum Tode Benno Ohnesorgs an den ASTA der FU Berlin vom 1. Sekretär der in der Bundesrepublik verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) enthält die Ausgabe der „Inneren Sicherheit" nichts. Zu vermerken ist die Überlegung des Innenministeriums, daß man den SDS nicht verbieten will, um ihn nicht in eine Märtyrerrolle zu drängen. Dieser Hinweis ist insofern interessant, weil er die Bedingungen annonciert, unter denen der SDS mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit verboten würde; dann nämlich, wenn er, obwohl potentiell gefährlich, in den Augen der Öffentlichkeit, insbesondere auch der studentischen, kein Märtyrer mehr wäre, beziehungsweise die Märtyrerrolle nicht zu solidarischer Aktivität der anderen führen würde.

Durch die Aufdeckung der organisierten, nicht etwa nur zufälligen Bespitzelung gezwungen, rückte das Bundesinnenministerium heraus, daß der SDS in Beschlüssen, fortgesetzten Erklärungen seiner „Führer" und zahlreichen Flugblättern die Beseitigung des Parlamentarismus propagiert habe. Der Bundesvorstand des SDS nahm dazu Stellung: „Die heute den SDS als verfassungsfeindlich denunzieren, halten selbst wie z. B. der Bundesinnenminister spanische Verhältnisse für vorbildlich und wollen das Grundgesetz durch Notstandsartikel seiner demokratischen Inhalte berauben. (Es) wird schlicht „verfassungsmäßige Ordnung" mit spätkapitalistischer Gesellschaftsordnung gleichgesetzt." Damit wiederholt der Bundesinnenminister die verfassungsrechtlich und – wissenschaftlich von verschiedener Seite [7]) widerlegte Identifikation wie seine Amtsvorgänger im KPD-Prozeß, die „freiheitliche Demokratie als Formelkompromiß aus Sozialpartnerschaftsideologien, deren Grundlagen durch die D A F geschaffen wurden, antimarxistischen Vorstellungen, deren geistige Wurzel teils in der Propaganda des Reichsverbandes (der Industrie, H. L.) zur Bekämpfung der Sozialdemokratie vor 1914, teils in der konservativen Ausprägung der katholischen Soziallehre unschwer festzustellen ist, und liberalen Theoremen, den den Klassencharakter der bestehenden Gesellschaft leugnen möchte" [8]) interpretieren.

Da für das allgemeine Demokratieverständnis, im Gegensatz zu dem des Bundesinnenministeriums [9]), Öffentlichkeit wesentlich ist, d. h. alles, was der SDS beschließt, der kritischen Beurteilung der Interessierten vorgelegt wird, ist es ein Leichtes, die Vorwürfe zu überprüfen, die angeblich die Rechtmäßigkeit der Bespitzelung begründen sollen. In der Geschichte des SDS gibt es keinen Beschluß für den Kampf gegen die im Grundgesetz geforderte, von den Herrschenden permanent untergrabene, demokratische Ordnung. Um das Gegenteil zu beweisen, wird vom Innenministerium aus dem Beschluß der letzten Delegiertenkonferenz zur Aufhebung des Verbots der KPD zitiert: „Die Argumentation des Initiativausschusses zur Wiederzulassung

[4]) s. vor allem: Hochschule in der Demokratie, SDS-Autorenkollektiv, Luchterhand-Verlag; Wolfgang Lefevre, neue kritik.

[5]) s. dazu: Hallgarten, Reichswehr und Industrie; Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht?; Symposium „Monopole und Staat in Deutschland 1917–1945, Akademie-Verlag Berlin.

[6]) K. H. Roth, Marx. Bl. 3/67, S. 56 ff.

[7]) Dennenkamp, Zum Verbotsurteil gegen die KPD DIE JUSTIZ Dez. 1956, Ridder, KPD-Verbot, S. 16 ff.

[8]) Abendroth, Das KPD-Verbotsurteil des BVerfG in Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie S. 139 (154).

[9]) wie u. a. das illegale Verschweigen der Schubladengesetze beweist.

der KPD birgt in Ansätzen die Gefahr in sich, allein im Rahmen des Parlamentarismus zu wirken und damit zu vergessen, daß die revolutionäre Theorie der KPD in der Diktatur des Proletariats, ausgeübt durch das kämpfende Proletariat selbst, liegt." Der Verfassungsschutz war auf der DK in der Tat zahlreich vertreten. Nur Dummheit oder Demagogie – beides ist nicht auszuschließen – kann die Interpretationen derjenigen nicht verstanden haben, die sich von dieser Passage etwas versprachen. Gemeint war Kritik am Vorgehen des Initiativausschusses, seines angeblich zu sehr am Parlament als Adressaten orientierten Kampfes um Relegalisierung.

Auch der Marburger Politologe Frank Deppe, der auf der DK in der Auseinandersetzung mit den sog. Anti-Autoritären und ihren undifferenzierten Staats- („integraler Etatismus") und Parlamentarismustheorien eine marxistische Analyse der Krise des Parlamentarismus und ihrer Bedingungen vortrug, wird warnend zitiert. Dabei verwendet man ein von der SPD-offiziösen „bonner depesche" gefälschtes Zitat. Frank Deppe schreibt in seiner Richtigstellung, um deren Durchsetzung er im Augenblick gegen die „bonner depesche" klagt: „... Ich habe vor der Delegiertenkonferenz des SDS nach einer historischen Analyse des Verfalls des Parlamentarismus in der kapitalistischen Gesellschaft folgendes gesagt: ‚Der Parlamentarismus ist also kein vorgegebenes Abstraktum, schon gar kein Ziel sozialistischer Politik. Er ist ein institutionelles Element kapitalistischer Klassenherrschaft und als solches zugleich den Wandlungen, Anpassungen und Krisen dieses historisch-gesellschaftlichen Herrschaftstypus unterworfen. Die Aufhebung dieser totalen Herrschaft schließt demnach notwendig die Aufhebung des Parlamentarismus ein. Ich habe an anderer Stelle gesagt:

‚Es darf kein Zweifel daran gelassen werden, daß die Sozialisten heute die entschiedensten Verteidiger des Grundgesetzes sind, da sie an der im Grundgesetz festgelegten Möglichkeit, die soziale Demokratie auf dem Boden des Grundgesetzes zu verwirklichen, festhalten und in der umfassenden Demokratisierung von Staat und Wirtschaft die einzig wirksame Schranke gegen eine neue autoritäre Diktatur, gegen jede Unterdrückung der Arbeiterklasse und ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen erkennen.'

Diese beiden Äußerungen gehören notwendig zusammen. Ihre Unterstellung, ich habe zur Beseitigung des parlamentarischen Systems in der BRD aufgerufen, ist daher falsch.'

Diffamierung und Verketzerung haben notwendig die Isolierung der sozialistischen Organisationen von den zur Verwirklichung der Theorie drängenden Massen zum Ziel. Die Praxis kann in gewissem Maß Stoff für diese Kampagne liefern und damit objektiv den Absichten der Herrschenden in die Hände spielen. Haben sich sozialistische Organisationen in eine solche Situation hineinbegeben, können sie nicht mit der Solidarität der Massen bei einem eventuellen Verbot rechnen.

In dieser Lage befand sich die KPD zur Zeit des Verbots im Jahre 1956. Sie wurde in einem Zeitpunkt verboten, als sich ihre Popularität nach einem Tiefpunkt (siehe die letzten Wahlergebnisse und den Ausgang der Betriebsratswahlen) langsam zu erholen begann. Ein verbalradikales Programm (der Nationalen Wiedervereinigung, das zum – völlig hoffnungslosen – Sturz des Adenauer-Regimes aufforderte) hatte den Herrschenden die Agitation gegen die Kommunisten erleichtert und bildete die Verbotsgrundlage, obwohl es schon damals durch kollektiven Beschluß als scheinrevolutionär zu den Akten gelegt wurde. Trotzdem war das Verbot in dem Zeitpunkt der augenscheinlichen Schwäche keine „politische Eselei" (Adolf Arndt, SPD-MdB und deren „Kronjurist") und „widersprach" auch nicht „der politischen Vernunft" [10]. Die im Zeitpunkt der Isolation einsetzende Verfolgung durch die herrschende Klasse ist in ihrem Sinne vernünftig und präventiv, d. h. vorbeugend für Situationen, in denen sich die Massen zu den Kommunisten bekennen. Auch im Falle des SDS ist die Gefahr der Isolation nicht gebannt. Das zu schreiben klingt paradox in einem Augenblick, in dem der SDS stark wie nie zuvor ist. So stark, daß der Verfassungsschutz in kluger Einschätzung im Juni 1967 in seiner Untersuchung über den SDS zwar seine Verbotsreife feststellte, trotzdem

[10]) Abendroth, a.a.O., S. 139.

aber nicht zu diesem Mittel gegriffen wurde, um nicht „politische Märtyrer zu schaffen".[11]) Auch ein vor kurzem einberufener „Arbeitskreis zum Schutz der Freiheit von Lehre und Forschung in der Freien Universität Berlin" unter Federführung des Wissenschaftlichen Assistenten am Ost-Europa-Institut (sic!), Dr. René Ahlberg, warnte davor, den SDS im Augenblick nur administrativ [12]) bekämpfen zu wollen. Man befürchtet eine Solidarisierungswelle unter den Studenten. Aber: Erstens häufen sich in letzter Zeit Aktionen – meist dilettantische Nachahmungen gelungener politischer Provokationen –, die es der gegnerischen Agitation erlauben, den völlig unhaltbaren und verbrecherischen Vorwurf des „Faschismus" gegen den SDS zu verwenden. Zweitens kann auf die Dauer die Verankerung in der studentischen Basis nicht ausreichen, um die Herrschenden vor unterdrückenden Maßnahmen zurückzuhalten. Hinzu muß die Solidarität in der Arbeiterschaft kommen. Diese kann nie erreicht werden, wenn sich auf einer Delegiertenkonferenz des SDS erneut soviel arbeiter- und arbeiterorganisationsfeindliche Genossen produzieren werden wie auf der 22. DK. Gelingt dem SDS diese Verbindung nicht, sind seine Tage gezählt.

Für den SDS ergibt sich daraus als Hauptaufgabe: Stärkung seiner Basis an der Universität durch eine Politik, die, in erster Linie an den unmittelbaren Interessen der Studenten orientiert, nicht aufhört, sozialistische Praxis zu sein; Stärkung durch Verankerung in den Organisationen der Arbeiterklasse durch Schulungs- und Bildungsaufgaben, an der Universität durch Aufklärung über die demokratischen und sozialen Ziele gewerkschaftlichen Kampfes und somit Schaffung von Aktions- und Aufklärungszentren gegen die meist universitär gestützte Unternehmerpropaganda, durch gemeinsame Aktionen (vor allem in den Städten) zwischen Gewerkschaftsjugend und SDS (Notstand, Vietnam, Südkorea, 1. September, Antifaschistische Kampftage, 1. Mai, Ostermarsch), durch Kontaktaufnahme mit Betriebsräten, Vertrauensleuten, Gewerkschaftern, Arbeitern mit dem Ziele, Schulungszirkel „Studenten und Arbeiter" aufzubauen, Zellen, die für Aktionen und ihre Vorbereitung ihre praxisvermittelnde Wirkung zeigen können, durch Angebote, jede Hilfe der Arbeiterklasse bei Aktionen zu geben, durch Angebote, bei Betriebszeitungen Erfahrungen zur Verfügung zu stellen. Dieser Katalog ließe sich erweitern.

Könnte dies in den nächsten Jahren verwirklicht werden, so sind wir damit keineswegs um das Verbot herum. Es muß vielmehr in das politische Bewußtsein der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten eingehen, daß sie mit allen Mitteln umso rücksichtsloser bekämpft wird, je höher sie sich in ihren Zielen über ihre Gegner erhebt, je erfolgreicher sie den organisierten Kampf um ihre Ziele zu führen weiß.

Illusionslos die „Moral" der herrschenden Klasse und ihrer staatlichen Ausführungsorgane einzuschätzen, ist notwendige Voraussetzung für sozialistische Strategie.(**)

[11]) nach Cellische Zeitung v. 14. 6. 67 „Der SDS ist verbotsreif".

[12]) administrativ = durch behördliche oder gerichtliche Maßnahmen.

(**) Um der Gefahr vorzubeugen, die Verfolgungsmaßnahmen gegen den SDS isoliert und ohne Berücksichtigung der jahrelangen Verfolgung von Arbeitern, kommunistischen sowie nichtkommunistischen zu sehen, sei auf die Lektüre der „Demokratische Rundschau für Recht und Solidarität", Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 89, verwiesen.

Dokumente

Noch ein Jubiläum

125 Jahre „Freie" in Berlin, Kgr. Preußen.

In das Jahr 1842 – Karl Marx hatte die Leitung der „Rheinischen Zeitung" übernommen – fällt eine Episode, deren Analyse Franz Mehring in „Karl Marx, Geschichte seines Lebens", Nachdr. d. 1. Aufl., Europäische Verlagsanstalt Stuttgart 1965, S. 50 ff. leistet:

„... Einstweilen war Marx noch mit Leib und Leben bei der Sache, die ihm viel zu wichtig erschien, als daß er um ihretwillen nicht mit den alten Berliner Genossen gebrochen hätte. Mit denen war gar kein Staat mehr zu machen, seitdem die gemilderte Zensurinstruktion den Doktorklub, durch den doch immer „ein geistiges Interesse" ging, in eine Gesellschaft der sogenannten Freien gewandelt hatte, in der sich so ziemlich alle vormärzlichen Literaten der preußischen Hauptstadt zusammenfanden, um die politischen und sozialen Revolutionäre in der Gestalt wild gewordener Philister zu spielen. Marx wurde schon im Sommer durch dies Treiben beunruhigt; er sagte, ein anderes sei es, seine Emanzipation erklären, was Gewissenhaftigkeit sei, ein anderes, sich im voraus als renommistische Propaganda auszuschreien.

... Ihre Bettelaufzüge in den Straßen, ihre Skandalszenen in Bordellen und Kneipen, ihr abgeschmacktes Hänseln eines wehrlosen Geistlichen, dem Bruno Bauer bei Stirners Trauung die messingenen Ringe seiner gehäkelten Geldbörse mit dem Bemerken überreichte, als Trauringe seien sie gut genug – alles das machte die Freien zum Gegenstande halb der Bewunderung und halb des Grauens für alle zahmen Philister, stellte aber unheilbar die Sache bloß, die sie angeblich vertraten.

Natürlich wirkte dies gassenjungenhafte Treiben auch verheerend auf die geistige Produktion der Freien, und Marx hatte mit ihren Beiträgen für die Rheinische Zeitung seine liebe Not. Viele davon verfielen dem Rotstift des Zensors, aber – so schrieb Marx an Ruge – „ebensoviel wie der Zensor, erlaubte ich mir selbst zu anullieren, indem Meyen und Konsorten weltumwälzungsschwangere und gedankenleere Sudeleien in saloppem Stil, mit etwas Atheismus und Kommunismus versetzt, haufenweise uns zusandten, bei Rutenbergs gänzlichem Mangel an Kritik, Selbständigkeit und Fähigkeit sich gewöhnt hatten die Rh.Z. als i h r willenloses Organ, ich aber nicht weiter dies Wasserabschlagen in alter Weise gestatten zu dürfen glaubte". Dies war der erste Grund zur „Verfinsterung des Berliner Himmels", wie Marx sagte.

Zum Bruch kam es, als im November 1842 Herwegh und Ruge einen Besuch in Berlin machten. Ruge kam hart mit seinem Mitarbeiter Bruno Bauer aneinander, weil ihm dieser „die lächerlichsten Dinge auf die Nase binden" wollte, so die Behauptung, daß Staat, Eigentum und Familie im Begriff aufgelöst werden müßten, ohne daß man sich um die positive Seite der Sache weiter zu bekümmern habe... Herwegh bat um die Aufnahme

einer Notiz, worin den Freien zwar zugestanden war, daß sie einzeln meistens treffliche Leute seien, aber hinzugefügt wurde, daß sie durch ihre politische Romantik, Geniesucht und Rennomage die Sache und die Partei der Freiheit kompromittierten. Marx antwortete zunächst ganz sachlich, indem er die Mitarbeit der Freien auf den richtigen Weg zu leiten suchte. „Ich forderte auf, weniger vages Raisonnement, großklingende Phrasen, selbstgefällige Bespiegelungen und mehr Bestimmtheit, mehr Eingehn in die konkreten Zustände, mehr Sachkenntnis an den Tag zu fördern."

Ehe indessen seine Ratschläge an ihr Ziel gelangt waren, erhielt er einen „insolenten" Brief von Meyen, worin dieser nicht mehr und nicht weniger forderte, als die Zeitung solle nicht „Temperieren", sondern das „Äußerste tun". Nun wurde auch Marx ungeduldig und schrieb an Ruge: „Aus alle dem leuchtet eine schreckliche Dosis Eitelkeit heraus, die nicht begreift, wie man, um ein politisches Organ zu retten, einige Berliner Windbeuteleien preisgeben kann, die an überhaupt nichts denkt als an ihre Cliquengeschichten..."

In der Tat war es der Bruch mit den Freien, die politisch alle ein mehr oder minder trauriges Ende genommen haben; von Bruno Bauer, dem späteren Mitarbeiter der „Kreuzzeitung", bis zu Eduard Meyen, der als Redakteur der „Danziger Zeitung" starb und über sein verlorenes Leben mit dem kläglichen Witze quittierte, er dürfe nur die protestantischen Orthod-oxen verhöhnen, denn den päpstlichen Syllabus zu kritisieren, habe ihm der liberale Besitzer des Blattes aus Rücksicht auf die katholischen Abonnenten verboten. Andere der Freien sind bei der offiziösen oder gar offiziellen Presse untergekrochen wie Rutenberg, der einige Jahrzehnte später als Redakteur des „Preußischen Staatsanzeigers" gestorben ist."

„Springer-Resolution"

Kampf gegen die Manipulation und für die Demokratisierung der Öffentlichkeit

Die Geschichte der nachfaschistisch-kapitalistischen Staaten ist die Geschichte der Restauration des Kapitalverhältnisses, unter dem durch die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges vermittelten neuen globalen Auseinandersetzungen zwischen dem imperialistischen Weltsystem, den sozialistischen Ländern und – heute erstrangig – den revolutionären Befreiungskräften in der Dritten Welt. Der Prozeß der Restauration reproduziert ständig neu die Entmündigung der Massen, denen in der BRD nach der Zerschlagung der revolutionär-emanzipatorischen Organisationen der Arbeiterbewegung die politische Artikulation ihrer aktuellen und potentiellen Forderungen beraubt wurde. Ökonomisch untermauert wurde diese Restauration durch die lang anhaltende Prosperität, die bis zu Beginn der 60iger Jahre sich hinziehende Rekonstruktionsperiode des westdeutschen Kapitalismus, dem es erstmalig in der deutschen Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts gelang, seine Verwertungsmöglichkeiten voll auszunutzen und das vorhandene Arbeitskräftepotential auszuschöpfen. Sobald aber mit sich verringernden wirtschaftlichen Wachstumsraten am Ende dieser Rekonstruktionsperiode der Ausbeutungs- und Manipulationsmechanismus nicht mehr ungebrochen funktionierte, erhielten die Formen der Repression und Manipulation der Massen wachsende Bedeutung und daher auch der Kampf gegen sie. Der Grundwiderspruch der letzten Etappe der bürgerlichen Gesellschaft, der Gegensatz von Kapital und Arbeit, hat neue Formen angenommen. Er stellt sich heute dar als systematische

Verschwendung gesellschaftlichen Reichtums in Form von Rüstung, Werbung, Arbeitslosigkeit, ungenutzten Kapazitäten, Fehlinvestitionen und dem größten Konsumtionsexzeß: Krieg. Dadurch werden die lebendigen Fähigkeiten und geschichtlichen Möglichkeiten der Individuen, sich zu emanzipieren, noch immer systematisch verhindert.

Dieser Grundwiderspruch wird verschleiert durch das System neuer institutioneller, ideologischer und technischer Steuerungsmittel, die allesamt die Manipulation von oben nach unten ebenso wie die Möglichkeit beschränkter Bedürfnisbefriedigung, Anpassung und individueller Mobilität von unten nach oben gesteigert haben. Diese strukturelle Manipulation ist unmittelbarer Ausdruck allgemeiner Disziplinierungstendenzen im Gesamtprozeß der spätkapitalistischen Gesellschaften. Die zunehmende Vergesellschaftung in der Produktion in den Fesseln kapitalistischer Herrschafts- und Gewinnprivilegien setzte sich wesentlich mit Hilfe staatlich-politischer Zwangsmittel durch. Je weniger die Beherrschten als Kollektiv politisch in Erscheinung treten konnten, desto mehr regredierten die nach der Niederlage des Faschismus errichteten Institutionen der parlamentarischen Demokratie zu Herrschaftsinstrumenten über das dem ideellen Anspruch nach zur Herrschaft bestimmte Volk. Die öffentlichen Institute verloren ihre gesellschaftliche Ambivalenz, vorweg die Öffentlichkeit selbst: ihre Funktion besteht heute längst nicht mehr in der Wiederspiegelung des grundlegenden gesellschaftlichen Konflikts, sondern in der funktionalen Beherrschung der Massen, in ihrer Ausrichtung auf die Disziplin kapitalistischer Produktion. Die Vergesellschaftung der Produktion auf dem Boden der kapitalistischen Produktionsweise selbst wurde durch den permanenten Boykott der Möglichkeit einer Assoziation der unmittelbaren Produzenten gekennzeichnet. Um diesen Verein freier Menschen zu verhindern, mobilisiert der Spätkapitalismus, d. h. die mit allen technischen, institutionellen und propagandistischen Mitteln künstlich fortgesetzte Isolierung der Produzenten voneinander, schafft durch die staatlich regulierte gesellschaftliche Arbeitsteilung in der Produktion den betriebsdisziplinierten Produzenten, den steuerbaren Konsumenten und den gruppendisziplinierten und verwalteten Staatsbürger.

Aber immer noch beruht die Herrschaft auf der erkauften Zustimmung der Beherrschten. Die mögliche Aufhebung der Herrschaft rückt mit den wachsenden Möglichkeiten der wissenschaftlich-technischen Entwicklung zu einer revolutionären Umgestaltung der Produktionsweise immer näher. Damit wird der gesellschaftliche Konflikt zwischen den Klassen ständig neu reproduziert und verschärft. Die Bedeutung, aber auch die Grenzen der strukturellen Manipulation zur Aufrechterhaltung von Herrschaft an der Schwelle zu ihrer Aufhebung werden sichtbar. Die Unterwerfung der Menschen unter die Verwertungsgesetze der spätkapitalistischen Produktionsweise und das eindimensionale, weil der kapitalistischen Rationalität gehorchende System der politischen Institutionen ist subtiler geworden; aber die allgemeine Erschütterung des imperialistischen Weltsystems und die besondere ökonomisch-politische Krise in der BRD fördern zunehmend den Umschlag repressiver Manipulation in offene Unterdrückung dort, wo sich immer mehr Menschen der Kontrolle der Herrschenden zu entziehen beginnen. Das durch die Verschleierung des gesellschaftlichen Grundwiderspruchs angestaute Aggressionspotential, das sich in kollektiver Aktion zum Emanzipationskampf gegen die Herrschenden erheben könnte, wird gegen diese, aus dem System der Manipulation herausgegriffen und in ihrem Kampf ein Beispiel für die mögliche Befreiung gebenden oppositionellen Kräfte gerichtet. Die Entstehung sozialistischer Staaten und die in ihnen objektiv mögliche Aufhebung von Mangel und Manipulation im Prozeß der weltweiten Auseinandersetzung zwischen den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt und dem imperialistischen Weltsystem erschüttert die gegen den inneren Feind mit dem Vorwand der äußeren Bedrohung errichteten Unterdrückungsmaschinerie. Der Kampf für die Befreiung vom anachronistischen Herrschaftssystem des Kapitalismus fordert zu allererst die Befreiung des Bewußtseins.

Die demokratische Öffentlichkeit ist zerstört. Die ökonomische Konzentration, Oligopolbildung und Monopolisierungstendenzen in der Presse machen das Grundrecht der Informations- und Meinungsfreiheit zum Exklusivrecht weniger privater Großverleger. Die Organisation der Presse als privates Profitunternehmen und ihre überwiegende Finanzierung durch die Industrie- und Verbrauchswerbung stellen die Kommunikationsmittel in den Dienst der Manipulation. Die Unterwerfung der Journalisten unter die publizistischen Direktiven der Verleger und autoritärer Verwaltungskörperschaften bei unzureichender arbeitsrechtlicher Sicherung mindert ihre Kritikfähigkeit und führt zu einem System der Selbstzensur. Publizistische Formen psychologischen Zwangs werden hergestellt, ihre Adressaten zu Hörigen degradiert. Das Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten wird zum Vehikel der Entmündigung verkehrt. Presse, Funk, Fernsehen und Film bauen eine Scheinwelt auf, in der die „geheimen Verführer" privatkapitalistischer Wirtschaftsinteressen und politischer Herrschaftsansprüche die Bedürfnisse der Menschen funktionell binden und zu psychischer Verelendung und Zerstörung politischer Urteilskraft führen. Die politische Publizistik, insbesondere die auf die Arbeiterklasse ausgerichtete, wird als zwanghaftes Konsumgut geformt, das seine Leser in abhängiger Passivität hält. Politische Sachverhalte werden personalisiert und auf ihre äußeren Vorgänge reduziert. Die öffentliche Meinung wird feudalisiert. Unter dem Schein der Objektivität werden Nachrichten beliebig gemacht, unterdrückt und verzerrt.

Der SDS tritt deshalb für eine allgemeine Umwandlung der Institutionen der öffentlichen Meinungsbildung ein, die von folgenden Grundsätzen ausgehen soll:

1. Befreiung der Presse vom Meinungsmonopol und vom Diktat des Profitinteresses durch ihre Entflechtung und Überführung in öffentliches Eigentum

2. Abschaffung der Konsumpropaganda und ihr Ersatz durch sachgerechte Verbraucherinformation.

3. Unabhängigkeit der Presse, des Rundfunks und Fernsehens von der öffentlichen Gewalt und die Garantie ihrer Kritikfähigkeit gegenüber deren Instanzen.

4. Sicherung der Journalisten gegen wirtschaftliche und politische Pressionen. Demokratische Selbstbestimmung der Redaktionen.

5. Materielle und juristische Verankerung des Rechts für jede politisch, sozial oder kulturell relevante und demokratische Gruppe, in der ihr angemessenen Weise, unabhängig von wirtschaftlicher Beschränkung, ihre Forderungen zu artikulieren und ihre Auffassungen zu publizieren.

Der SDS ist sich der Tatsache bewußt, daß dieses Programm nur durch die revolutionäre Transformation der Gesellschaft zur sozialistischen Demokratie voll verwirklicht werden kann. Mit innerer Notwendigkeit hat sich auch der beginnende Kampf der Studenten und anderer antiautoritärer und antikapitalistischer Minderheiten für eine Demokratisierung der Gesellschaft an der Parole „Enteignet Springer" kristallisiert. Seitdem der politische Konsens nicht mehr nur in unwichtigen Randfragen brüchig zu werden beginnt, seitdem sich besonders in den von der Krise am meisten betroffenen Sektoren der Gesellschaft das Bedürfnis nach kollektiver Aktion bemerkbar macht, wird immer deutlicher, daß es die Verfügung Weniger über die Kommunikationsmedien ist, welche die Artikulation oppositioneller Forderungen unmöglich macht, welche den von der Krise Bedrohten die Information über die Ursache ihrer Bedrohung und die Bedingungen der Befreiung vorenthält. Die propagandistische Vorhut des herrschenden Antikommunismus, der am Ende des Kalten Krieges in Europa seine Aggressivität nach innen verschärft, ist der Springer-Konzern. Springer ist nicht allein durch die Tatsache der größten publizistischen Macht zur sichtbarsten Verkörperung der Manipulation geworden. Die Größe seines Unternehmens (39 % der gesamten deutschen Presse, 82 % der überregionalen Presse und 90 % aller Sonntagszeitungen) fällt mit seiner Funktion zusammen, Garant und Propagandist des sozialen Scheinfriedens zu sein. Dementsprechend bereitete Springer die Große Koalition vor, welche die sogenannte pluralistische Demokratie endgültig als die in der Form der Herrschaftsausübung plurale Fassung eines Einparteiensystems entlarvte. So wie die Große Koalition die Ideologie vom Gleichgewicht der Kräfte als Garantie der Freiheit zerstörte und an ihre Stelle die Ideologie von der konzertierten Aktion als Garant der Stabilität setzte, so entlarvte Springers Kampagne gegen die anti-autoritären Kräfte die bundesrepublikanische Meinungsfreiheit als das Recht des wirtschaftlich stärksten Verlegers auf die Zerstörung dieser

Freiheit. Die Verhetzung der Berliner Bevölkerung gegen die Studenten, bis zur Aufforderung zum Totschlag, zeigt an, daß das spätkapitalistische System gegen diejenigen mit offener Unterdrückung vorgehen muß, welche beginnen, den Schleier von der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu ziehen und die bestehende Herrschaft direkt anzugreifen. Unter dem Druck der Krise wird die Mobilmachung gegen den „inneren Feind" konkret.

Unser Kampf gegen Springer ist deshalb ein Kampf gegen das spätkapitalistische Herrschaftssystem selbst. Wenn sich der SDS der Parole „Enteignet Springer" anschließt, so deswegen, weil er in dieser Forderung die erste offensive Aktion gegen die spätkapitalistischen Besitzverhältnisse sieht. Diese Formel und die durch ihre Verbreitung aktivierte antiautoritäre Bewegung markieren insofern einen Übergang, als mit der nationalen Kampagne gegen die Manipulation die direkte Konfrontation einer als Kollektiv handelnden, in der Aktion selbst die Fesseln der Manipulation abstreifenden Minderheit mit dem durch die staatliche Zwangsgewalt gestützten privilegierten Herrschaftsanspruch stattfindet. Wenn es dieser Kampagne gelingt, wenigstens teilweise den Schleier von den ökonomischen Verhältnissen zu ziehen, wird sie auch die Disziplin in der kapitalistischen Produktion selbst treffen. Die Kampagne gegen Springer muß den in ihr aktivierten Minderheiten die Möglichkeit ihrer Befreiung von der Manipulation durch kollektive Aktion und eigene Informationsmedien vor Augen führen. Sie kann damit über die Studentenbewegung hinaus das Bedürfnis nach Befreiung entwickeln. Deshalb muß die Kampagne an unmittelbaren Interessenkonflikten anknüpfen und den von der Krise Betroffenen vereinzelten Produzenten die Ursache dieser Krise klar machen.

Die 22. oDK des SDS beschließt deshalb folgendes Aktionsprogramm:

1. Der SDS wird gemeinsam mit allen Kräften der antiautoritären und antikapitalistischen Opposition eine lang andauernde Kampagne zur Entlarvung und Zerschlagung des Springer-Konzerns führen.

2. Diese Kampagne wird das Grundrecht auf Freiheit der Information und Meinungsäußerung demonstrativ über das private Interesse des Springer-Konzerns stellen. Sie wird den realdemokratischen Widerstand gegen das Manipulationswesen organisieren.

3. Im Rahmen dieser Kampagne wird der SDS in den Zentren des Springer-Konzerns in West-Berlin und der BRD eine koordinierte Aktion zur Durchbrechung der Manipulation und demonstrativen Verhinderung der Auslieferung unternehmen.

4. Zur Vorbereitung wird der Bundesvorstand eine zentrale Aktionskonferenz gemeinsam mit anderen oppositionellen Organisationen einberufen.

5. Der SDS wirkt auf die Bildung einer praktisch kritischen Öffentlichkeit ein. Er fordert deshalb:

   a) Offenlegung aller Besitzverhältnisse und Verflechtungen wirtschaftlicher und politischer Art im gesamten Pressewesen.

   b) Wissenschaftliche Analyse und allgemeine Aufklärung über die systematische Vernichtung gesellschaftlichen Reichtums durch Konsumterror, geplanten Verschleiß und Aufbau unproduktiver funktionaler Anpassungsindustrien.

   c) Untersuchung der arbeitsrechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Lage der Journalisten im Hinblick auf ihre geistige und publizistische Unabhängigkeit.

6. Der SDS ruft alle kritischen Journalisten auf, in ihren Publikationen zur Aufdeckung und Zersetzung autoritärer Publizistik ständige Pressekritiken einzurichten und dadurch verzerrende und unwahre Berichterstattung zu entlarven. Darüberhinaus fordert er alle anti-autoritären Publizisten zur Mitarbeit an demokratischen Urzeitungen auf, die in dieser Kampagne eine unmittelbar-demokratische Öffentlichkeit artikulieren werden.

ES KOMMT DARAUF AN, EINE AUFGEKLÄRTE GEGENÖFFENTLICHKEIT ZU SCHAFFEN. DIE DIKTATUR DER MANIPULATEURE MUSS GEBROCHEN WERDEN.

Bücher

Rudi Ver: Requiem auf einen Rechtsstaat

Luchterhand, 1967, 84 Seiten, 6.80 DM

Dieses dünne Bändchen von Ver sollte nicht nur von jenen gelesen werden, die wenig Zeit finden, sich mit den augenblicklichen Problemen in unserem Staat auseinanderzusetzen, sondern auch von denen, die bei der Fülle von Notstandsentwürfen und Stellungnahmen die unmittelbare Bedrohung für unsere Demokratie gar nicht mehr erkennen. Der Verfasser, hinter dessen Pseudonym nach Ankündigung des Verlages ein Bundesverfassungsrichter vermutet werden muß, hat mit einer bis ins Kleinste gehenden Sorgfalt die gesamte Notstandsgesetzgebung schwerpunktartig analysiert und den als „nationales Rettungswerk" getarnten Überfall auf unsere Demokratie zu entschleiern versucht. Schon gleich zu Anfang weist er in seinem „Prolog zum Ärgernis" auf das mit Übereifer betriebene „Sekuritätsstreben" unseres Staatswesens hin, das seit seiner Gründung „umgekehrt proportional" einer wirklichen Bedrohung ist, um im folgenden sogleich das Argument derer zu entkräften, die meinen, ein „strafrechtliches Staatsschutzinstrumentarium" gegen vermeintliche staatsfeindliche Gruppen schaffen zu müssen. Nicht die „Protestparteien" bilden die Gefahr für unsere politische Willensbildung, sondern die „Nuancenlosigkeit der formierten Mandatsparteien", das „Kartell-Kalkül", wie Ver sie nennt. Was wir erleben, ist eine zur Wirklichkeit gewordene „Orwellsche Vision", eine Wirklichkeit, in der sich der Gleichheitsgrundsatz wandelt zu dem Prinzip, daß „jedermann jemandes Kontaktperson" sein kann, in der die „legalisierte Amtskriminalität der Geheimdienste" geheim bleiben muß, um straflos zu sein, in der der Bundesnachrichtendienst eine „unbegrenzte Ausforschungsvollmacht" erhält. Zwar gibt es eine „parlamentarische Kontrolle", in Wirklichkeit aber kann sie „so gut wie nichts kontrollieren und auch dies nur im geheimen. Mit untauglichen Befugnissen ausgestattet soll sie geheim die geheimen Eingriffe in das Postgeheimnis kontrollieren. Eine wahrhaft teuflische Dialektik!" Hier wird offenbar Verfassungsgesetzgebung mit dem Ziel betrieben, „politisch manipulierbares Situationsrecht zu ermöglichen". So gibt es eine Dienstleistungspflicht, obwohl sie „jede Konnexität mit irgendeinem Gefahrenzustand verloren" hat, die „prinzipiell in sämtlichen Bereichen der Wirtschaft zulässig ist". Arbeitsverweigerung und Streik können unter Strafe gestellt werden, die Gewerkschaften werden funktionslos und nicht erst im Krieg, sondern zu „beliebigen Verteidigungszwecken schon im Frieden". Die Freiheit der Berufsausübung ebenso wie die Freiheit der Arbeitsplatzwahl stehen im „politischen Krisenermessen von Exekutivorganen". Zu einem „Assistenzorgan der Exekutive" wird der sogenannte Gemeinsame Ausschuß, der bereits im Frieden unter Ausschluß der Öffentlichkeit in Funktion tritt, und nicht etwa als „verkleinertes parlamentarisches Kontrollorgan" gedacht ist. Nach künftigem Verfassungsrecht wird es keine parlamentarische Verantwortung der Regierung gegenüber dem Bundestag geben, „wird also der Bundestag schlechthin unzuständig sein". Dieser Gemeinsame Ausschuß hat nun, und Ver sieht darin die „folgenschwerste Verfassungsdurchbrechung" des gesamten Entwurfs, zuzustimmen, bevor die Bundesregierung eine in Bundesgesetzen über die Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung vorgesehene Feststellung mit gesetzlich festgelegten Rechtswirkungen trifft. Das aber ist offenkundiger Ver-

fassungsverstoß gegen Art. 80 GG, um einfache Notstandsgesetze, „gesetzesverdrängende Krisenverordnungen", „auf einem Schleichweg zu sanktionieren".

In seinem Kapitel „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet", schildert Ver, wie leicht es ist, den „Zustand der Gefahr", der vorher objektiv nicht vorhanden war, zu provozieren, im Gegensatz zu der „komplizierten Prozedur", die der Entwurf für seine formelle Beendigung vorsieht. Offenbar wollte man Sorge tragen, den Frieden nicht überstürzt zu proklamieren und hat daher die Rückkehr zur Normallage den normalen Gesetzgebungsorganen anvertraut. Denn entgegenstehendes Friedensrecht ist für die Dauer der Geltung von Notstandsgesetzen ersatzlos außer Kraft gesetzt, und soweit es nicht in normalen Gesetzgebungsverfahren erneut beschlossen wird, entsteht ein „Zustand totaler Rechtlosigkeit, das normative Nichts, geschaffen, als Wirkungsstätte des souveränen Diktators".

An dieser Stelle spätestens muß sich dem Leser eine Frage aufdrängen, die Frage nämlich nach dem „cui bono", nach denen, die hinter diesen Notstandspraktiken stehen. Eine Antwort jedoch wird er bei Ver vergeblich suchen. Ver hat zwar eine juristisch hervorragende Analyse vorgenommen, er hat es jedoch versäumt, die gesamte Grundgesetzänderung in einen historischen Bezug zu setzen. Was wir nämlich in der Bundesrepublik heute erleben, ist der geradezu unheimliche Vorgang einer Wiederholung der Geschichte der Weimarer Republik. Heinrich Hannover weist in seinem Aufsatz „Hat die SPD etwas aus der Geschichte gelernt?" auf die gleichen hierarchisch strukturierten Machtkörper hin, an denen damals die Demokratie gescheitert ist und die sich heute von einem naiv gutgläubigen Parlament als Inhaber praktisch unbegrenzter Staatsgewalt legalisieren lassen. Das Mittel zur totalen Beherrschung des Volkes ist die schon in der Nazizeit erprobte Organisierung und Erfassung der gesamten Bevölkerung. Ebenso kann die Ablenkung sozialer und innenpolitischer Probleme auf einen äußeren „Feind" auf erprobte Vorbilder zurückgreifen. Auch Erhards Parole von der „formierten Gesellschaft" sollte uns an die von Hitler propagierte „Gemeinwohl"-Ideologie erinnern. Hitler forderte damals die „Herstellung einer wirklichen Volksgemeinschaft, die sich über die Interessen und Gegensätze der Stände und Klassen erhebt", eine „Frontbildung unseres Volkes". Auch er behauptete in Wahrnehmung der Interessen des gesamten deutschen Volkes zu handeln, wie dies die Interessenvertreter des Großkapitals schon seit jeher getan haben.

Vor kurzem hat Opitz in einer Analyse zur formierten Gesellschaft nachgewiesen, daß das Gemeinwohl, dem sich Parlament, Parteien, Länderregierungen, Gemeinden, Gewerkschaften und alle übrigen Gruppen der Gesellschaft unterordnen sollen, in seinem Inhalt identisch ist mit den wirtschaftlichen und politischen Interessen der großen Industriekonzerne und der ihnen interessenmäßig verbundenen Großbanken. Der „Notstand" für den die Notstandsgesetze angeblich da sein sollen, ist nicht der Notstand, an den der kleine Mann denkt und in dem auch seine Interessen eine Einschränkung der politischen und sozialen Freiheit fordern könnten, es ist nicht einmal der Krieg; sondern der „Notstand", für den in der Bundesrepublik Notstandsgesetze gemacht werden, ist da, wenn eines Tages die als „Gemeinwohl" getarnten Interessen der Großindustrie durch die demokratische Mehrheitsbildung des Volkes gefährdet werden sollten. Einen solchen „stillen Verfassungswandel" aber zu verhindern muß die dringlichste Aufgabe aller friedliebenden und demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik sein.

Ralf Theurer

Impressum

Herausgeber: Sozialistischer Deutscher Studentenbund Köln

Redaktion, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: 5 Köln-Sülz, Palanterstraße 5 b, Tel. 44 46 16

Konto: Willi Meeger, 5041 Kierdorf b. Köln, Südstraße 2; Postscheckkonto Köln 2084 85

Verantwortlicher: Peter Bubenberger

„facit" erscheint fünfmal im Jahr. Jahresabonnement 2,– DM und Zustellgebühr,

Einzelheft 0,50 DM, Doppelnummer 1,– DM

Druck: Peter Millard & Co KG, Köln

„Marxistische Blätter"

für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik

„Marxistische Blätter" erscheinen zweimonatlich zum Preis von DM 2,— je Ausgabe (64—92 Seiten) plus Zustellgebühr. Jahresabonnement DM 12,— plus Porto. Zusätzlich 2—3 Sonderhefte jährlich.

Anmeldung

Ich bin bereit, an der wissenschaftlichen Tagung „Klassen und Klassenkampf in unserer Zeit" teilzunehmen.

Die Teilnehmerkarte sowie Mitteilungen über die näheren Einzelheiten bitte ich an nachstehende Anschrift zu richten:

Name: .....

Wohnort: .....

Straße: .....

Die Erstattung des Teilnehmerbeitrages erfolgt zu Beginn der Tagung per Post.

Meine Anreise erfolgt am ..... Abreise am: .....

Ich benötige eine / keine Unterkunft vom ..... bis .....

im Gemeinschaftsquartier (Vier- bis Acht-Bett-Zimmer / Hotel).

(Nichtzutreffendes bitte streichen.) Wir bitten um möglichst genaue Angaben zur Erleichterung der Organisationsarbeit.

.....

(Unterschrift)

„Klassen und Klassenkampf in unserer Zeit"

Internationale wissenschaftliche Tagung

---

zum 150. Geburtstag

von

KARL MARX

veranstaltet von der Zeitschrift

„Marxistische Blätter"

vom 10. bis 12. Mai 1968 in Frankfurt am Main

Die internationale wissenschaftliche Tagung

zu der zahlreiche marxistische Wissenschaftler, Publizisten und Politiker aus westeuropäischen und sozialistischen Staaten sowie aus Ländern der „Dritten Welt" eingeladen worden sind, soll den 150. Geburtstag von Karl Marx würdigen durch die Erörterung von Grundfragen der Klassen und des Klassenkampfes in unserer Zeit.

Als Thematik der Hauptreferate ist vorgesehen:

- Grundprobleme des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern.
- Demokratische Alternativen und sozialistische Perspektiven im Kampf der gegenwärtigen Arbeiterbewegung.
- Der Kampf der beiden entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen und der Einfluß der sozialistischen Länder auf die Weltentwicklung.
- Arbeiterbewegung, sozialistische Länder und nationale Befreiungsbewegung — die Dialektik des revolutionären Prozesses in unserer Zeit.

Beratungen im Plenum und in zwei Arbeitsgemeinschaften:

- Arbeitsgemeinschaft 1:
  Probleme der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern.
- Arbeitsgemeinschaft 2:
  Die Wechselbeziehungen zwischen der Entwicklung der sozialistischen Länder, der nationalen Befreiungsbewegung und der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern.

Über weitere Einzelheiten und das genaue Tagungsprogramm unterrichten wir rechtzeitig.

Hinweise

Es wird gebeten, die beigefügte Anmeldekarte umgehend an die Veranstalter abzusenden.

Tagungsort: Volksbildungsheim, 6 Frankfurt a. M., Am Eschenheimer Turm (Stadtzentrum). Übernachtungsmöglichkeit nach **rechtzeitiger** Anmeldung.

Zur Deckung der Unkosten wird ein Teilnehmerbeitrag in Höhe von 10,— DM (für Studenten 5,— DM) erhoben.

Spenden zur Finanzierung der Tagung bitten wir unter dem Stichwort „Tagung" auf das Postscheckkonto Nr. 261021 PA Frankfurt/Main, „August-Bebel-Gesellschaft e. V., Frankfurt/Main, Sonderkonto Presse" zu überweisen.

Abs.: .....

.....

.....

.....

An die
Redaktion der
„Marxistischen Blätter"

6 Frankfurt/Main

Kurfürstenstraße 8 (K)

Die Zeitung
in der Tradition der sozialistischen
Arbeiterbewegung

tatsachen

— WOCHENZEITUNG
AN RHEIN, RUHR UND LIPPE —

Im Streifbandabonnement DM 2,- im Monat
Einzelheft -,50 DM

DR. WENZEL-VERLAG G. M. B. H.
41 Duisburg-Ruhrort · Tausendfensterhaus · Ruhrorter Straße 187

tatsachen – die Zeitung für Arbeiter